

2. Sitzung
am Mittwoch, dem 4. Juli 2007

Inhalt

Eingang gemäß § 21 der Geschäftsordnung	10	
Eintritt des Abgeordneten Dirk Schmidtman (Bündnis 90/Die Grünen) in die Stadtbürgerschaft	10	
Fragestunde		
1. Zukunft des Science Center Botanika Anfrage der Abgeordneten Richter, Woltemath und Fraktion der FDP vom 28. Juni 2007	11	
2. Staatscafé am Sedanplatz Anfrage der Abgeordneten Möllenstädt, Woltemath und Fraktion der FDP vom 28. Juni 2007	12	
Aktuelle Stunde	13	
Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des städtischen Haushalts- und Finanzausschusses		
Städtischer Haushalts- und Finanzausschuss Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und der FDP vom 2. Juli 2007 (Drucksache 17/11 S)		13

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des städtischen Rechnungsprüfungsausschusses

Städtischer Rechnungsprüfungsausschuss

Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und der FDP

vom 2. Juli 2007

(Drucksache 17/12 S) 13

Wahl der Mitglieder der städtischen Deputationen 13

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Entsorgungsbetriebsausschusses 14

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Betriebsausschusses „Werkstatt Bremen“ 14

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Betriebsausschusses „Stadtgrün Bremen“ 14

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Betriebsausschusses „Musikschule Bremen“ 14

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Betriebsausschusses „Stadtbibliothek Bremen und Bremer Volkshochschule“ 15

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Betriebsausschusses „Gebäude- und TechnikManagement Bremen“ 15

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Sondervermögensausschusses „Infrastruktur der Stadtgemeinde Bremen“ 15

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Betriebsausschusses „KiTA Bremen“ 15

Bebauungsplan 2325

Aufhebung von Bebauungsplänen im Stadtteil Bremen-Neustadt

Mitteilung des Senats vom 8. Juni 2007

(Drucksache 17/1 S) 15

Bebauungsplan 2328
Aufhebung von Bebauungsplänen im Stadtteil Bremen-Woltmershausen
 Mitteilung des Senats vom 8. Juni 2007
 (Drucksache 17/2 S) 16

Übertragung von Aufgaben der Stadtbürgerschaft auf die städtische Deputation für Bau und Verkehr
 Mitteilung des Senats vom 12. Juni 2007
 (Drucksache 17/3 S) 16

Flächennutzungsplan Bremen
in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2001
90. Änderung
Bremen-Handelshäfen (Handelshäfen-Weserbahnhof)
 Mitteilung des Senats vom 12. Juni 2007
 (Drucksache 17/4 S)

Bebauungsplan 2360
für ein Gebiet in Bremen-Handelshäfen
zwischen Lloydstraße, Hafenbahn, Eisenbahnstrecke Bremen-Oldenburg,
Weser und Verlängerung der Lloydstraße
 Mitteilung des Senats vom 12. Juni 2007
 (Drucksache 17/5 S)

Abg. Pohlmann (SPD) 16
 Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen) 17
 Abg. Richter (FDP) 18
 Abg. Focke (CDU) 19
 Senator Dr. Loske 20
 Abstimmung 20

Flächennutzungsplan Bremen
in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2001
93. Änderung
Östliche Vorstadt (Klinikum Mitte)
 Mitteilung des Senats vom 12. Juni 2007
 (Drucksache 17/6 S)

Bebauungsplan 2364
für ein Gebiet in Bremen-Östliche Vorstadt
zwischen St.-Jürgen-Straße, Friedrich-Karl-Straße und Am Schwarzen Meer
 Mitteilung des Senats vom 12. Juni 2007
 (Drucksache 17/7 S)

Abg. Möllenstädt (FDP) 21
 Abg. Pohlmann (SPD) 21
 Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen) 22

Abg. Focke (CDU)	23
Senator Dr. Loske	24
Abstimmung	24

Bebauungsplan 2275

Aufhebung von Bebauungsplänen im Stadtteil Bremen-Schwachhausen

Mitteilung des Senats vom 12. Juni 2007

(Drucksache 17/8 S)	25
---------------------------	----

Bebauungsplan 2353

Aufhebung von Bebauungspläne im Stadtteil Bremen-Östliche Vorstadt

Mitteilung des Senats vom 12. Juni 2007

(Drucksache 17/9 S)	25
---------------------------	----

Zwangsumzüge für ALG-II-Empfänger/-innen stoppen!

Antrag der Fraktion Die Linke

vom 22. Juni 2007

(Drucksache 17/10 S)

Umzugsaufforderungen reduzieren und mehr Einzelfallgerechtigkeit bei der Übernahme der Kosten der Unterkunft erzielen!

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

vom 4. Juli 2007

(Drucksache 17/16 S)

Dazu

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke

vom 4. Juli 2007

(Drucksache 17/18 S)

Abg. Erlanson (Die Linke)	25
Abg. Grotheer (SPD)	26
Abg. Frehe (Bündnis 90/Die Grünen)	27
Abg. Bartels (CDU)	29
Abg. Rupp (Die Linke)	30
Abg. Dr. Buhlert (FDP)	30
Abg. Grotheer (SPD)	31
Abg. Frehe (Bündnis 90/Die Grünen)	32
Abg. Beilken (Die Linke)	32
Abg. Grotheer (SPD)	33
Senatorin Rosenkötter	33
Abstimmung	34

Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Beiratsangelegenheiten

Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und der FDP

vom 2. Juli 2007

(Drucksache 17/13 S)

Dazu

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke

vom 4. Juli 2007

(Drucksache 17/17 S)

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Ausschusses für Bürgerbeteiligung und Beiratsangelegenheiten

Abg. Rupp (Die Linke)	35
Abg. Frau Möbius (SPD)	35
Abg. Möllenstädt (FDP)	35
Abstimmung	35

Änderung des Gesetzes über Beiräte und Ortsämter

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

vom 3. Juli 2007

(Drucksache 17/14 S)

Abg. Frau Möbius (SPD)	36
Abg. Strohmann (CDU)	37
Abg. Fecker (Bündnis 90/Die Grünen)	38
Abg. Frau Möbius (SPD)	39
Abg. Strohmann (CDU)	39
Abg. Möllenstädt (FDP)	39
Bürgermeister Böhrnsen	40
Abstimmung	40

Entschuldigt fehlt der Abgeordnete Röwekamp.

Präsident Weber**Vizepräsident Ravens****Schriftführerin Ahrens****Schriftführerin Cakici**

Bürgermeister **Böhrnsen** (SPD), Präsident des Senats, Senator für Kultur und für kirchliche Angelegenheiten

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales **Rosenkötter** (SPD)

Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa **Dr. Loske** (Bündnis 90/Die Grünen)

Senator für Wirtschaft und Häfen und für Justiz und Verfassung **Nagel** (SPD)

Staatsrat **Dr. Heseler** (Senator für Wirtschaft und Häfen)

Staatsrätin **Kramer** (Senator für Bau, Umwelt und Verkehr)

Staatsrätin **Dr. Weihrauch** (Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales)

Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 16.42 Uhr.

Präsident Weber: Die 2. Sitzung der Stadtbürgerschaft ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und Vertreter der Presse.

Gemäß Paragraf 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgenden Eingang bekannt:

Umzugsaufforderungen reduzieren und mehr Einzelfallgerechtigkeit bei der Übernahme der Kosten der Unterkunft erzielen! Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 4. Juli 2007, Drucksache 17/16 S.

Gemäß Paragraf 21 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung muss das Plenum zunächst einen Beschluss über die Dringlichkeit des Antrags herbeiführen.

Wer mit einer dringlichen Behandlung des Antrags einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(Die Linke)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

Ich schlage Ihnen vor, diesen Tagesordnungspunkt mit Tagesordnungspunkt 24 zu verbinden.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

Die übrigen Eingänge bitte ich dem heute verteilten Umdruck sowie der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzung zu entnehmen.

Eingang gemäß § 21 der Geschäftsordnung

Einsetzung eines Parlamentsausschusses für Kinder und Jugend
Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU vom 3. Juli 2007
(Drucksache 17/15 S)

Diese Angelegenheit kommt auf die Tagesordnung der Sitzung am 11. Juli 2007.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, und zwar zur Aussetzung des Tagesordnungspunktes 6, Neubildung eines Jugendhilfeausschusses, zur Verbindung des Tagesordnungspunktes 18, Flächennutzungsplan Bremen, mit Tagesordnungspunkt 19, Bebauungsplan 2360, des Tagesordnungspunktes 20, Flächennutzungsplan Bremen, mit Tagesordnungspunkt 21, Bebauungsplan 2364, des Tagesordnungspunktes 3, Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des städtischen Haushalts- und Finanzausschusses, mit außerhalb der Tagesordnung dem dazugehörigen Einsetzungsbeschluss, des Tagesordnungspunktes 4, Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des städtischen Rechnungsprüfungsausschusses, mit dem dazugehörigen Einsetzungsbeschluss außerhalb der Tagesordnung, und der Punkte außerhalb der Tagesordnung, Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Ausschusses für Bürgerbeteiligung und dem dazugehörigen Einsetzungsbeschluss. Außerdem wurden Absprachen getroffen zur Vereinbarung von Redezeiten bei einigen Tagesordnungspunkten.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Bevor wir nun in die Tagesordnung eintreten, möchte ich davon Kenntnis geben, dass mir der Landeswahlleiter mitgeteilt hat, dass Herr Dirk Schmidtmann ab 3. Juli 2007 anstelle der in den Senat gewählten Abgeordneten Karoline Linnert Mitglied in der Stadtbürgerschaft ist. Ich möchte Sie herzlich wieder hier im Hause begrüßen.

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen zwei frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

Die erste Anfrage trägt den Titel „**Zukunft des Science Center Botanika**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Richter, Woltemath und Fraktion der FDP.

Bitte, Herr Kollege Richter!

Abg. **Richter** (FDP): Wir fragen den Senat:

Erstens: Auf welche Höhe beliefen sich die Investitionskosten für das Science Center Botanika, getrennt nach Abbruchkosten für die alten Gewächshäuser, Planungskosten, Kosten der Marketinggutachten, Baukosten, inklusive aller Baunebenkosten, und Regiekosten der Stadt?

Zweitens: Auf welche Höhe belaufen sich die laufenden Kosten und die geschätzten langfristigen Folgekosten, getrennt nach laufenden Betriebskosten, Instandhaltungen, laufenden Erneuerungskosten für Ausstellung und Ausstattung und Finanzierungskosten, einschließlich Laufzeiten der Finanzierung?

Drittens: Mit welchen Besucherzahlen wurde gerechnet, und wie sind die tatsächlichen Besucherzahlen seit Eröffnung, aufgeschlüsselt nach zahlenden Besuchern, ermäßigten und kostenlosen Eintrittskarten?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Loske.

Senator Dr. Loske: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Für die Darstellung der Investitionskosten zum Bau des Science Center Botanika wurde eine Kostenverteilung nach DIN 276 vorgenommen. Diese formale Aufstellung enthält keine getrennte Darstellung der Abbruchkosten nur für die alten Anzuchtgewächshäuser. Die Kosten für den Bau von Botanika sind in der nachfolgenden Tabelle dargestellt: Herrichten und Erschließen 305.000 Euro, Bauwerk und Baukonstruktion 4.643.000 Euro, Bauwerk Technische Anlagen 3.218.000 Euro, Außenanlagen 482.000 Euro, Pflanzen, Landschaft, Felsen 1.705.000 Euro, Ausstattung Entdeckerzentrum 1.304.000 Euro, Bauherrenaufgaben 239.000 Euro, Architekten- und Ingenieurleistungen inklusive Regiekosten GBI 2.080.000 Euro, Gutachten und Beratung 105.000 Euro, sonstige Baunebenkosten 192.000 Euro, Summe 14.273.000 Euro.

Zu Frage 2: Die laufenden betrieblichen Kosten stellen sich für 2006 wie folgt dar: laufende Be-

triebskosten von Botanika, ohne Abschreibungen, in 2006 1.730.000 Euro, darin sind enthalten für Wartung, laufende Instandhaltung circa 67.000 Euro, Auszahlungen für Investitionen circa 150.000 Euro.

Die Investitionen wurden zum großen Teil aus dem Investitionssonderprogramm getätigt und als Kapitaleinlage in die RhopaG realisiert. Der Abschreibungszeitraum der Sachanlagen ist bis zum Jahr 2022 vorgesehen. Die jährlichen Abschreibungen belaufen sich auf rund 888.000 Euro.

Zu Frage 3: In der Sitzung der Wirtschaftsförderungsausschüsse der Deputationen für Bau und Verkehr, für Umwelt und Energie und für Wirtschaft und Häfen am 16.6.2001 waren die Prognosen für die Jahresbesucherzahlen von Botanika mit insgesamt 220.000 Besuchern jährlich angegeben worden. Die tatsächlichen Besucherzahlen seit Eröffnung im Juni 2003 belaufen sich auf circa 364.000, davon zahlende Besucher von Botanika in 2006 rund 73.000, in 2005 rund 98.000, in 2004 rund 96.000 und in 2003 rund 55.000. In 2007 wurden in den ersten sechs Monaten rund 43.000 Besucher gezählt.

Über eine Aufteilung der Besucher in voll und ermäßigt Zahlende gibt es bei Botanika keine Aufstellung. Das Verhältnis zwischen zahlenden und nicht zahlenden Besuchern liegt bei circa 9 zu 1. Zu den Besuchern, die keinen Eintritt zahlen müssen, gehören Lehrer, Journalisten und Betreuer. Außerdem wird im Rahmen von Marketingaktionen freier Eintritt gewährt.

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte, Herr Richter!

Abg. **Richter** (FDP): Ich habe eine Zusatzfrage! Erst einmal herzlichen Dank, das war ja noch viel ausführlicher, als ich mir das erträumt hatte, zumindest bei den Fragen eins und zwei!

Die Koalitionsvereinbarung enthält einen aus meiner Sicht kritischen Passus, da steht so sinngemäß, um die Schließung der Botanika und maßgebliche Einschnitte in den Rhododendronpark zu verhindern, wird der Senator für Bau kurzfristig ein Umstrukturierungs- und Personalkonzept vorlegen. Das hört sich für mich so an, als wenn jetzt Rhododendronpark und Botanika in einen Sack gesteckt werden und kräftig geschüttelt wird. Jetzt meine etwas provokante Frage: Wird jetzt möglicherweise der wunderbare Rhododendronpark zu Lasten der Fehlinvestition Botanika geopfert?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Nein!

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Richter [FDP]: Da werden wir Sie beim Wort nehmen! Weitere Zusatzfragen habe ich nicht!)

Eine weitere Zusatzfrage der Kollegin Frau Dr. Mathes!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, würden Sie mir zustimmen, dass die Formulierung in dem Koalitionsvertrag keineswegs bedeutet, dass man Rhododendronpark und Botanika in einen Topf wirft, dass das nicht die Intention der rot-grünen Koalition ist und man jetzt ein Umstrukturierungskonzept vorlegen und das öffentlich diskutieren will, um zur bestmöglichen Lösung für die Stadt, für das Land Bremen zu kommen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Ja, dem würde ich zustimmen! Der Terminus kurzfristig ist auch ernst gemeint, aber innerhalb von zwei Tagen wäre doch ein wenig zu schnell, das müssten Sie eigentlich auch verstehen.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zweite und damit letzte Anfrage in der Fragestunde steht unter dem Betreff „**Staatscafé am Sedanplatz**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Möllenstädt, Woltemath und Fraktion der FDP.

Bitte, Herr Kollege Möllenstädt!

Abg. **Möllenstein** (FDP): Wir fragen den Senat:

Ist dem Senat bekannt, wer die Einrichtung des unlängst in Betrieb genommenen Informationscafés zur Information von Bürgerinnen und Bürgern über die laufenden Arbeiten zum Bau einer Markthalle am Sedanplatz veranlasst und wer diese durchgeführt hat?

Besitzt der Senat Kenntnis darüber, wer für die Kosten für Miete und laufenden Betrieb des Cafés aufkommt?

Kann davon ausgegangen werden, dass für das Café eine ordnungsgemäße Gaststättenkonzession gemäß Paragraf 2 Absatz 1 GastG vorliegt?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Dr. Heseler.

Staatsrat Dr. Heseler: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Die Einrichtung eines Cafés zur Information von Bürgerinnen und Bürgern über die laufenden Arbeiten zum Bau einer Markthalle am Sedanplatz ist durch den City Marketing Vegesack e. V. in Zusammenarbeit mit der BIG erfolgt.

Die Bäckereieinrichtung ist auf Kosten des Cafébetreibers erfolgt, auch die monatliche Miete wird von diesem an den Hauseigentümer entrichtet. Das Personal besteht aus Auszubildenden und Freiwilligen/Ehrenamtlichen. Es sind abgesehen von Kosten für die Herstellung, Aufarbeitung und Lieferung der im hinteren Teil des Cafés aufgestellten Infotafeln und das Markthallenmodell keine öffentlichen Mittel eingesetzt worden. Diese Kosten werden durch die BIG getragen.

Eine Gaststättenkonzession gemäß Paragraf 2 Absatz 1 GastG liegt nicht vor, da entsprechend Paragraf 2 Absatz 2 Nummer 1 GastG keine alkoholischen Getränke angeboten werden.

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr, Herr Möllenstädt!

Abg. **Möllenstein** (FDP): Ich möchte gern eine Zusatzfrage stellen! Kann davon ausgegangen werden, dass für dort getätigte Umsätze Steuern ordnungsgemäß abgeführt werden?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Heseler: Davon kann ausgegangen werden.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Möllenstein** (FDP): Warum wurde keiner der Ausschüsse des Beirats Vegesack mit dieser Angelegenheit befasst?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Heseler: Das ist dem Senat nicht bekannt.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des städtischen Haushalts- und Finanzausschusses

Wir verbinden hiermit:

Städtischer Haushalts- und Finanzausschuss
Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und der FDP vom 2. Juli 2007
(Drucksache 17/11 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und der FDP mit der Drucksachen-Nummer 17/11 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

Die Wahlvorschläge liegen Ihnen schriftlich vor.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend den Wahlvorschlägen wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Ich bitte den Abgeordneten Thomas Röwekamp, zur konstituierenden Sitzung des Ausschusses einzuladen.

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des städtischen Rechnungsprüfungsausschusses

Wir verbinden hiermit:

Städtischer Rechnungsprüfungsausschuss
Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und der FDP vom 2. Juli 2007
(Drucksache 17/12 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und der FDP mit der Drucksachen-Nummer 17/12 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

Die Wahlvorschläge liegen Ihnen schriftlich vor.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend den Wahlvorschlägen wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Ich bitte den Abgeordneten Dr. Hermann Kuhn, zur konstituierenden Sitzung des Ausschusses einzuladen.

Wahl der Mitglieder der städtischen Deputationen

Die Wahlvorschläge liegen Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend den Wahlvorschlägen wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Wir kommen jetzt zu den Wahlen zu den Betriebsausschüssen.

Hierzu ist interfraktionell vereinbart worden, dass die Stadtbürgerschaft jeweils 7 Mitglieder und 7 stellvertretende Mitglieder wählt, für den Entsorgungsbetriebsausschuss 9 Mitglieder und 9 stellvertretende Mitglieder.

Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Entsorgungsbetriebsausschusses

Die Wahlvorschläge liegen Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend den Wahlvorschlägen wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Betriebsausschusses „Werkstatt Bremen“

Die Wahlvorschläge liegen Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend den Wahlvorschlägen wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Betriebsausschusses „Stadtgrün Bremen“

Die Wahlvorschläge liegen Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend den Wahlvorschlägen wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Betriebsausschusses „Musikschule Bremen“

Die Wahlvorschläge liegen Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend den Wahlvorschlägen wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Betriebsausschusses „Stadtbibliothek Bremen und Bremer Volkshochschule“

Die Wahlvorschläge liegen Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend den Wahlvorschlägen wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Betriebsausschusses „Gebäude- und TechnikManagement Bremen“

Die Wahlvorschläge liegen Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend den Wahlvorschlägen wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Sondervermögensausschusses „Infrastruktur der Stadtgemeinde Bremen“

Die Wahlvorschläge liegen Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend den Wahlvorschlägen wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Betriebsausschusses „KiTA Bremen“

Die Wahlvorschläge liegen Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend den Wahlvorschlägen wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

**Bebauungsplan 2325
Aufhebung von Bebauungsplänen im Stadtteil Bremen-Neustadt**

Mitteilung des Senats vom 8. Juni 2007
(Drucksache 17/1 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Bebauungsplan 2325 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(Die Linke)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

**Bebauungsplan 2328
Aufhebung von Bebauungsplänen im Stadtteil
Bremen-Woltmershausen**
Mitteilung des Senats vom 8. Juni 2007
(Drucksache 17/2 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Bebauungsplan 2328 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(Die Linke)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Übertragung von Aufgaben der Stadtbürgerschaft auf die städtische Deputation für Bau und Verkehr
Mitteilung des Senats vom 12. Juni 2007
(Drucksache 17/3 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer gemäß Artikel 129 der Landesverfassung der Übertragung von Aufgaben der Stadtbürgerschaft auf die städtische Deputation für Bau und Verkehr zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt gemäß Artikel 129 der Landesverfassung der Übertragung von Aufgaben der Stadtbürgerschaft auf die städtische Deputation für Bau und Verkehr zu.

(Einstimmig)

**Flächennutzungsplan Bremen
in der Fassung der Bekanntmachung vom 31.
Mai 2001
90. Änderung
Bremen-Handelshäfen (Handelshäfen-Weser
bahnhof)**

Mitteilung des Senats vom 12. Juni 2007
(Drucksache 17/4 S)

Wir verbinden hiermit:

**Bebauungsplan 2360
für ein Gebiet in Bremen-Handelshäfen
zwischen Lloydstraße, Hafenbahn, Eisenbahn-
strecke Bremen-Oldenburg, Weser und Ver-
längerung der Lloydstraße**

Mitteilung des Senats vom 12. Juni 2007
(Drucksache 17/5 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Dr. Loske.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Pohlmann.

Abg. **Pohlmann** (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Überseestadt ist das größte Stadtentwicklungsprojekt in der Geschichte Bremens. Schon heute ist es ein Erfolgsmodell. Wir haben es hier in der Stadtbürgerschaft schon über lange Jahre diskutiert und begleitet, und ich finde, dass dieses Projekt auch zeigt, dass wir im Rahmen der Arbeit dieser Stadtbürgerschaft hier einen großen Konsens erzielt haben, was die Bedeutung für dieses Projekt insgesamt angeht. Private Bauträger investieren in neue Gebäude und sanieren und beleben historische Bausubstanz in den ehemaligen Hafenrevieren, und beides erhöht die Attraktivität dieses neuen Stadtteils und fördert die Nachfrage in einem erheblichen Umfang.

In der Koalitionsvereinbarung der rot-grünen Regierung unseres Bundeslandes und unserer Stadt wird festgestellt, dass die Überseestadt schrittweise zu einem urbanen Stadtteil mit einer Mi-

schung aus Gewerbe, Dienstleistung und Wohnen entwickelt werden soll. Der SPD-Fraktion ist es wichtig, die Potenziale dieses hochwertigen innenstadtnahen Wirtschaftsstandortes in einem vollen Umfang auszuschöpfen. Dazu gehört ein attraktives Wohnungsangebot ebenso wie eine enge Verknüpfung mit der Innenstadt und ganz besonders auch mit dem Medienstandort Stephaniviertel.

Heute debattieren wir hier den Bebauungsplan 2360, die Hafenvorstadt als Eingangsbereich für die Überseestadt. Er wurde auf der Grundlage der Entwicklungskonzeption zur Umstrukturierung der alten Hafenreviere und des Masterplans entwickelt. Der Bebauungsplan ist darauf ausgerichtet, die Hochwertigkeit der Nutzung zu sichern. Büro- und Verwaltungsgebäude sind möglich, auch ein Hotel oder Einzelgeschäfte zur Nahversorgung, und es soll der Bezug zur Weser hergestellt werden, um es deutlicher zu sagen: Er soll ausgebaut werden. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiger und auch strategischer Schritt, und das unterstützen wir ausdrücklich.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Weitestgehend nicht zugelassen sind dagegen Lagerflächen und Tankstellen oder ähnliche Gewerbeeinrichtungen, und auch das finden wir außerordentlich wichtig, was auch die Attraktivität und die Bedeutung dieser Fläche ausmacht.

Die Baudeputation hat diesen Bebauungsplan in Kenntnis aller Bedenken und Anregungen, die es im vergangenen April gegeben hat - also in der vergangenen Legislaturperiode -, einstimmig beschlossen. Ich schlage vor, dem Votum der damaligen Baudeputation zu folgen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Allerdings habe ich eine Bitte an das Bauressort, an den Bausenator: Die Bewohnerinnen und Bewohner des Stephaniviertels haben erhebliche Bedenken hinsichtlich einer zusätzlichen Lärmbelastung. Insbesondere befürchten sie auch Reflexionen von Schallwellen, die auftreten. Auch wenn Fachleute aus dem Ressort dies nicht als gerechtfertigt ansehen, bitte ich darum, mit den Bewohnerinnen und Bewohnern zu sprechen und eine einvernehmliche Lösung zu finden. Dieses Wohngebiet ist durch seine Lage ständig erheblichen Lärmbelastungen ausgesetzt und hat im Zusammenhang mit dem Bau der Verkehrsanbindung der City an die Überseestadt erhebliche Belastungen in der Vergangenheit auf sich genommen, und ich glaube, es ist wichtig, dass wir hier auch

in einen Dialog eintreten. Der Erfolg der Überseestadt sollte von allen Bremerinnen und Bremern getragen werden. Das wird allerdings nur gelingen, wenn auch angrenzende Stadtteile nicht zusätzlich belastet werden und wenn hier die Akzeptanz und auch die Unterstützung aus diesen Bereichen mit erzielt wird.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, dass eine solche Herangehensweise, auf diese Weise Konflikte auszutragen, sich den Anregungen und auch Kritikpunkten der Bevölkerung im Dialog zu stellen, auch ein ganzes Stück den Geist dieser Koalitionsvereinbarung ausmacht, nämlich, dass wir konkret mit den Menschen ins Gespräch kommen wollen. Ich glaube, das ist ein guter und richtiger Weg. Deshalb noch einmal die Bitte hier von unserer Fraktion, von mir, auch noch einmal an das Bauressort, diesen Dialog zu organisieren, dass wir hier auch Schritte vorankommen.

Abschließend gesagt: Die sozialdemokratische Bürgerschaftsfraktion unterstützt diesen Bebauungsplan. Wir sehen darin ein wichtiges Signal zu der dynamischen Entwicklung in diesem Bereich, in dem Bereich auch, wo es um einen Wirtschaftsstandort geht, aber gleichzeitig auch mit verbunden in der Perspektive, dass hier Wohnen möglich ist. Wenn wir dies unterstützen, haben wir hiermit als Parlament, einen wichtigen Schritt getan, um diese Dynamik fortzusetzen, und wir bitten darum, dies zu unterstützen. - Danke schön!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Krusche.

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir Grünen haben die Umstrukturierung der Hafenreviere von Beginn an unterstützt, wir haben sie aber auch kritisch begleitet. Wir waren von Anfang an der Auffassung, dass ein lebendiger Stadtteil nur dort entstehen kann, wo Urbanität entsteht. Wie entsteht Urbanität? Indem dort möglichst viele Menschen mit sehr unterschiedlichen Tätigkeiten zusammen leben, wohnen und arbeiten können!

Wir wissen alle, dass gerade diese Frage des Wohnens das Parlament in den vergangenen Jahren hier auf vielfache Weise sehr beschäftigt hat

* Von der Rednerin nicht überprüft.

und dass es auch ein mühseliger Kampf mit einem Teil der ansässigen Unternehmen war, die das Wohnen in der Überseestadt gefürchtet haben wie der Teufel das Weihwasser. Ich bin sehr zufrieden, dass es uns hier fraktionsübergreifend in der letzten Legislaturperiode - Herr Pohlmann hat darauf hingewiesen - gelungen ist, dass wir gemeinsam gesagt haben: Überall dort, wo Wohnen möglich ist, soll dies auch passieren, und ich hoffe, dass bei dieser Meinung auch die jetzige Parlamentszusammensetzung bleibt, denn das tut der Überseestadt gut.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Der Bebauungsplan, über den wir hier heute reden und den wir hier hoffentlich einmütig verabschieden, lässt allerdings Wohnen nicht zu, denn, ich habe es schon erwähnt, in der Überseestadt kann nicht überall gewohnt werden, wegen Geruchsbelästigungen, wegen Lärmbelästigungen. Gerade dieses Gebiet in der Verbindung zwischen der Altstadt und der Hafenvorstadt ist ein solches Gebiet, wo das Wohnen einfach nicht möglich ist. Gleichwohl entstehen dort interessante neue Dinge. Ich erinnere an das EWE-Hochhaus, auch Jahn-Tower genannt nach dem berühmten Chicagoer Architekten. Auch ein Hotel soll dort entstehen, genauso wie ein Variété, was etwas Neues wäre für Bremen, und ich bin sehr neugierig, ob so etwas an der Stelle funktioniert.

Gleichwohl, auch das möchte ich sagen, gibt es - Herr Pohlmann hat darauf hingewiesen - auch Konflikte, gerade im Zusammenhang mit diesem Hochhaus, von dem ich glaube, dass es dort an der richtigen Stelle steht. Es liegt weit genug von den Domtürmen entfernt, und es ist gleichzeitig der markante Anfang der Überseestadt. Wie gesagt, ein Hochhaus an dieser Stelle halte ich für stadtvträglich. Gleichwohl gibt es mit den Bewohnerinnen und Bewohnern des Stephaniquartiers gerade auch wegen dieses Hochhauses Probleme, weil sie der Auffassung sind, möglicherweise werfe dieses hohe Haus Schallwellen zurück in ihr kleines Wohnquartier.

Ich möchte, ebenso wie Herr Pohlmann es gesagt hat, daran erinnern, dass es gerade das Stephaniquartier ist, das durch die Entwicklung der Überseestadt doch einigen Belastungen ausgesetzt gewesen ist. Ich erinnere an die neue Straße, die die Innenstadt mit der Überseestadt verbindet. Eine Straßenbahn führt jetzt in die Überseestadt, aber durch diesen Straßenbau hat das Stephaniquartier auch einen deutlichen Wohnwertverlust erlitten, und insofern finde ich es richtig, wenn wir sagen, dass wir in Zukunft bei all solchen großen Projekten, bei Bebauungsplänen, die in einen

neuen, in einen sich entwickelnden Stadtteil hineinreichen, die aber gleichzeitig benachbarte, alt-ingesessene Stadtteile betreffen, sehr viel sorgfältiger in eine Abstimmung mit den Bürgerinnen und Bürgern eintreten. Wir Grünen sind dazu bereit, denn wir sind der Auffassung, dass nur dort etwas Neues entstehen kann, wenn es die Unterstützung möglichst der ganzen Bevölkerung hat.

Die Entwicklung der Überseestadt ist für Bremen von großer Bedeutung,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

aber genauso wichtig ist auch, dass die Menschen im Stephaniquartier diese Entwicklung positiv begleiten und dass wir versuchen, mit ihnen über die weitere Entwicklung dort in ein gutes und fruchtbares Gespräch zu kommen. - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Richter.

Abg. **Richter** (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will jetzt nicht wiederholen, was eben schon von den beiden Vorrednern gesagt wurde. Auch die FDP findet die Formulierungen im Koalitionsvertrag zur Entwicklung der Überseestadt zu einem urbanen Viertel gut, und wir stehen voll dahinter.

(Beifall bei der FDP)

Es ist aber, denke ich, ein Potenzial, da darf man sich nicht verschätzen, nicht für drei oder fünf, sondern für die nächsten 20 Jahre. Es wird uns also noch lange mit vielen, vielen Projekten beschäftigen, die wir hier in diesem Gremium zu behandeln haben.

20 Jahre Entwicklungspotenzial, und leider sind auch da schon erste Fehler gemacht worden. Das Frischezentrum auf dem zugeschütteten Hafenbecken war mit Sicherheit schon eine Fehlentwicklung. Dadurch hat man schon entscheidendes Entwicklungspotenzial vertan, und ich würde mir wünschen, Frau Krusche, wenn wir das noch schaffen, in 20 Jahren gemeinsam die Schaufel zu schwingen und vielleicht das Becken wieder auszugraben, um da vielleicht etwas Attraktives für die Stadt zu schaffen.

(Beifall bei der FDP - Zuruf der Abg. Frau Busch [SPD])

Der Bebauungsplan, über den wir jetzt heute ja reden, ist ein kleiner, aber entscheidender Baustein für die Entwicklung der Überseestadt. Er stellt das Bindeglied zwischen der Innenstadt, dem Stephaniviertel und eben der Überseestadt dar, und ich finde den Schritt zu dem sogenannten Jahn-Tower als einen Teil dieses Bebauungsplans mutig und ambitioniert. Man musste erst einmal schlucken, aber die 90 Meter an dieser Stelle sind, glaube ich, a) vertretbar, und b) könnte es sich für die Stadtentwicklung wirklich als Gewinn herausstellen. Man denke an das Aalto-Hochhaus in der Vahr von vor 50 Jahren, das ist heute auch ein Baudenkmal und aus Bremen nicht mehr wegzudenken, und es ist ja Gott sei Dank nicht ein Demonstrativbauvorhaben wie Osterholz-Tenever, sondern hier ist eine andere Gewichtung zu sehen.

Was mich besonders freut, ist natürlich auch, dass wir hier einen Investor haben, der tatsächlich investieren will und der, so hoffe ich zumindest, nicht auf Mieter setzt, die wieder von der Stadt subventioniert werden, das heißt städtische Gesellschaften, die da einziehen und marktunübliche Mieten zahlen.

(Beifall bei der FDP)

Nicht alles ist optimal gelöst in diesem Bebauungsplan. Wir sind die Stadt am Fluss, und uns stört ein wenig, dass dann in der Stadt am Fluss ein Verbindungsbau, wenn auch aus Glas, aber in einer maximalen Höhe von 16 Metern zulässig sein soll. Auch Glas ist in dem Sinne nicht durchsichtig, und wir würden uns wünschen, dass darüber noch einmal nachgedacht wird. Auf jeden Fall muss sichergestellt werden, dass die Fußläufigkeit von der Innenstadt über das Stephaniviertel bis hinein in die Überseestadt gewährleistet ist, und zwar entlang des Wassers, entlang der Weser.

Es ist auch schon von beiden Vorrednern das Thema Stephanitor angesprochen worden, ein mittlerweile wieder attraktives Wohnviertel allerdings mit den Problemen entlang der B 75, der Lärmproblematik. Da gibt es einen sogenannten Flusspunkt, wie man es wohl nun nennt, nämlich die Schule, die jetzt nicht mehr benötigt wird. Wir sind natürlich auch in Kontakt mit den Bewohnern des Stephaniviertels, und ich denke, man sollte das Wohnen in der Stadt vielleicht auch im Bauraum in der Form noch einmal überdenken und überlegen, ob die Schule denn unbedingt, wenn sie abgerissen wird, für eine gewerbliche Nutzung vorgesehen wird oder ob man da möglicherweise auch Wohnungen, wie es sowieso im Flächennutzungsplan steht, andenken sollte, vielleicht auch für ältere Menschen dort, die gern in ihrem Stadt-

viertel wohnen bleiben wollen. Das wäre ein Wunsch unserer Fraktion, ansonsten stimmen wir dem Bebauungsplan zu. - Vielen Dank!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Weber: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Focke.

Abg. **Focke** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist ja wunderbar, wir sind uns einig, und alle haben hier gesagt, dass sie das alles toll und gut finden. Die einzige Neuigkeit ist, wir wissen jetzt, Herr Pohlmann wird der neue baupolitische Sprecher werden.

(Abg. Frau Busch [SPD]: Ist er schon, das wird er nicht!)

Das wissen wir jetzt! Herr Pohlmann, allerdings haben Sie ja nun ganz kurz nur über den Bebauungsplan gesprochen. Sie haben zwar über die Überseestadt und das Wohnen und all so etwas gesprochen, aber über den Bebauungsplan haben Sie eigentlich wenig gesprochen, denn in diesem Bereich ist Wohnen gar nicht möglich.

Ich will einfach die Gelegenheit nutzen, weil Sie jetzt hier eine Debatte beantragt haben, noch einmal dem früheren Bausenator Neumeyer ganz herzlich dafür danken,

(Heiterkeit bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

dass er dieses komplizierte Verfahren hier und auch das sehr komplizierte Gespräch mit dem Investor so gut hinbekommen hat, dass jetzt auch alle zufrieden sind. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist nun einmal so, dass natürlich nicht alle zufrieden sind, und wenn Herr Richter sagt, dass ihn der Verbindungsbau stört, darüber haben wir auch lange diskutiert, aber für den Investor war das eine ganz wichtige Voraussetzung, damit er sein ganzes Ensemble dort bauen kann.

Im Stephaniviertel ist ja auch, weil wir über die Lärmproblematik Bescheid wussten, das Variété nicht in der Höhe genehmigt worden, wie es beantragt worden ist, sondern es schließt, glaube ich, mit dem Bahnkörper Oberkante ab, sodass auch verhindert werden soll, dass da irgendwelche Schallwellen im Stephaniviertel besonderen Schaden anrichten können. Trotzdem muss das natürlich beobachtet werden, aber ich glaube, mehr brauche ich jetzt nicht zu sagen. Wir waren

uns einig, einstimmig haben wir das alles beschlossen, und das machen wir jetzt natürlich auch so. Nur weil wir in der Opposition sind, werden wir unsere Meinung nicht ändern.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD - Abg. Dr. Sieling [SPD]: Das kann ja noch ein Nachmittag werden!)

Präsident Weber: Als nächster Redner erhält das Wort Herr Senator Dr. Loske.

Senator Dr. Loske: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, das ist ein Projekt, bei dem alle dafür sind. Die Einstimmigkeit ist ja offenkundig, deswegen will ich nur auf einige wenige Wortbeiträge eingehen. Zunächst einmal zu dem, was Herr Pohlmann gesagt hat: Wir sichern Ihnen zu, dass wir, wie bisher übrigens auch schon, mit den Bewohnerinnen und Bewohnern des Stephaniviertels im engen Austausch stehen. Wir sind im Kontakt mit der Bürgerinitiative, wir haben eine Ansprechperson im Ressort, und wir reden mit ihnen über die Sorgen, die sie haben in Sachen Parkplätze, Lärm, Schallentwicklung und so weiter. Das kann ich Ihnen hier zusagen. Das kann man bestimmt noch verbessern, aber der gute Wille ist auf jeden Fall da.

Der zweite Punkt, zu den Dingen, die Karin Krusche gesagt hat: Zwei Dinge, zunächst einmal, das ist ja schon ein besonderes Filetstück. Das muss man ja schon sagen, dass man die Überseestadt entwickelt und wirklich einen multifunktionalen Raum hinbekommt, dass man eine richtig gute Mischnutzung hat und Urbanität entsteht. Hier, bei diesem Bebauungsplan, über den wir jetzt reden, geht es ja nicht um Wohnbebauung. In diesem ersten Teil, gewissermaßen, geht es im Wesentlichen um gewerbliche Nutzung, aber hochwertiges Gewerbe. Das ist der entscheidende Gedanke und auch die Rückbindung an die Stadt, also mit dem Leitbild der multifunktionalen Räume, dass Wohnen, Arbeiten, Einkaufen und so weiter, Erholen und Entspannen möglichst dicht beieinander liegen. Das könnte hier gelingen, wenn wir das gut machen.

Was die Höhe des Towers betrifft, dieses, wie man es nennen will, Jahn-Towers oder EWE-Towers, das wird man noch sehen, was sich im Volksmund dann durchsetzen wird: Es ist ja in vielen Städten dieser Konflikt. Wir haben das in Bonn gehabt, den Konflikt zwischen dem Post-Tower und dem Langen Eugen. Wir haben es in Köln gehabt, da war sogar die UNESCO dabei, wo es um die Konkurrenz zwischen dem Dom und den Hochhäusern auf der Deutzer Seite ging. Dort hat

man es dann doch nicht gemacht, vernünftigerweise, würde ich sagen. Aber ich denke, hier ist es gelungen, denn die Distanz zum Dom ist hinreichend groß, als dass es da zu einer optischen Verwirrung kommen könnte. Insofern denke ich schon - es gab natürlich bei uns im Hause, das ist ja bekannt, auch unterschiedliche Ansichten im Detail -, dass man das insgesamt gut öffentlich vertreten kann.

Herr Richter, es stimmt, das ist ein Projekt, das wir nicht über drei oder vier Jahre rechnen. Das ist eine sehr lange Achse, 20 Jahre, und das ist ein enormes Potenzial.

Dabei will ich es eigentlich belassen, und wir freuen uns natürlich darüber, dass wir dafür die Unterstützung des ganzen Hauses haben, und von unserer Seite aus sichern wir Kooperation mit allen Betroffenen zu. - Danke schön!

(Beifall bei der SPD, bei der CDU, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Zuerst lasse ich über den Flächennutzungsplan Bremen abstimmen.

Wer dem Plan zur 90. Änderung des Flächennutzungsplans Bremen seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(Die Linke)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Nun lasse ich über den Bebauungsplan 2360 abstimmen.

Wer den Bebauungsplan 2360 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(Die Linke)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

**Flächennutzungsplan Bremen
in der Fassung der Bekanntmachung vom 31.
Mai 2001**

93. Änderung

Östliche Vorstadt (Klinikum Mitte)

Mitteilung des Senats vom 12. Juni 2007

(Drucksache 17/6 S)

Wir verbinden hiermit:

**Bebauungsplan 2364 für ein Gebiet in Bremen-
Östliche Vorstadt zwischen St.-Jürgen-Straße,
Friedrich-Karl-Straße und Am Schwarzen Meer**

Mitteilung des Senats vom 12. Juni 2007

(Drucksache 17/7 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Dr. Loske.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Möllenstädt.

Abg. **Möllenstädt** (FDP): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Der beantragte Bebauungsplan 2364 und die damit verbundene Änderung des Flächennutzungsplans stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit der Realisierung des sogenannten Masterplans für den Neubau des Klinikums Bremen-Mitte. Meine Fraktion lehnt den Masterplan insgesamt ab und wird aus zwei Gründen den hier in Rede stehenden Festsetzungen in der vorliegenden Form heute nicht zustimmen.

Erstens sind wir der Auffassung, dass es bereits absehbar ist, dass der beantragte Bebauungsplan vor dem Hintergrund des nicht abgeschlossenen Vergabeverfahrens bereits kurz nach Inkrafttreten obsolet werden würde. Dies kommt übrigens auch in der Stellungnahme des Beirats Östliche Vorstadt zum Bebauungsplan deutlich zum Ausdruck. Dort heißt es, ich zitiere: „Ein grundsätzliches Problem sieht der Beirat in der Abstimmung über die Bebauung, Nutzung und Erschließung zwischen dem Klinikgelände und dem Planungsgebiet. Da das Bieterverfahren noch nicht abgeschlossen ist, ist auch die endgültige Positionierung wichtiger Ergänzungsbauten der Klinik nicht abschließend geklärt.“ Des Weiteren wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass dies neuerli-

che Änderungen der Festsetzung nötig machen werde.

Zweitens kann nach unserer Überzeugung auch das im Koalitionsvertrag manifestierte Bekenntnis der Koalitionsparteien zum Masterplan nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Finanzierung dieser Mammutinvestition von rund 200 Millionen Euro alles andere als gesichert ist. Die Wahrheit ist doch, dass Sie bereits fest damit rechnen, dass das PPP-Verfahren nicht in Ihrem Sinne abgeschlossen werden kann. In der Koalitionsvereinbarung heißt es, ich zitiere: „Für den Fall, dass das PPP-Verfahren nicht erfolgreich abgeschlossen werden kann, werden Neu- und Umbau des KBM auf Grundlage des Masterplans durch KBM selbst realisiert.“

Das heißt doch aber nichts anderes als die Übernahme des Investitionsrisikos durch die Stadtgemeinde Bremen. Sie laufen hier sehenden Auges in das absehbare Fiasko eines Klinik-Space-Parks zum Schaden der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler hinein. Daran, meine Damen und Herren, werden wir uns nicht beteiligen!

(Beifall bei der FDP)

Frau Senatorin, geben Sie dem Parlament Auskunft darüber, mit wessen Geld was genau gebaut werden soll, und dann reden wir über den Bebauungsplan! Unser Appell an den Senat ist hier, verzichten Sie auf den Masterplan, lassen Sie uns im Interesse der Patientinnen und Patienten und im Sinne der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler mit Augenmaß und Besonnenheit nach einer finanzierbaren Lösungsalternative suchen! Sie können sich hierfür der Unterstützung der FDP-Fraktion im Hause sicher sein. - Herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Weber: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Pohlmann.

Abg. **Pohlmann** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Einmal vorweggestellt, ich habe nach diesem Beitrag des Kollegen Möllenstädt überhaupt nicht verstanden, was das jetzt im unmittelbaren Zusammenhang auch mit dem Bebauungsplan, der hier vorliegt, und mit dieser Diskussion zu tun hat. Ich glaube, es geht nicht um die Umsetzung des Masterplans, die geplante Umsetzung des Masterplans der Klinikum-Mitte-gGmbH, sondern es geht darum, dass es hier eine Diskussion und Verabschiedung eines B-Plans gibt, um auch die Perspektiven für eine Stadtentwicklung und für eine Stadtteilweiterentwicklung zu schaffen. Ich glaube, darauf sollten wir uns konzentrieren. Alles

andere ist hier, denke ich, deplatziert, und darüber müssen wir in einem anderen Zusammenhang diskutieren.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich beziehe mich jetzt noch einmal auf den Inhalt dieses Tagesordnungspunktes und der Vorlage. Es geht heute zum einen um die Festsetzung von Bauplanungsrecht und nicht um die Umsetzung des Masterplans. Planungsrecht und die Umstrukturierung des Klinikgeländes regeln und ermöglichen, dass circa 8,5 Hektar Klinikgelände für neue Nutzung zur Verfügung gestellt werden sollen. Zwei Drittel dieser Fläche sollen für gewerbliche Zwecke und ein Drittel für Wohnungsbau genutzt werden. Dieser Bebauungsplan beschreibt die Entwicklung des nach dem Umbau des Klinikums freiwerdenden Geländes im südlichen Bereich des Areals.

Die geplante Neuorientierung des Klinikums Mitte eröffnet diese städtebaulichen Chancen, die Insel-lage dort auch insgesamt aufzulösen und wirklich auch Verbindungen zu den umliegenden Ortsteilen herzustellen. Das ist noch einmal eine ganz wichtige Sache, wer das auch vor Ort kennt, dass wir hier eine richtige Perspektive haben, die Zusammenführung von Wohnen und Arbeiten fördern, um auch hier urbane Lebensformen zu ermöglichen.

Es sollten zukünftig auch in diesem Areal klinikorientierte Dienstleistungsbetriebe, aber auch Wohnungen entstehen. Am Ende könnten es bis zu 4000 Menschen sein, die hier einen Arbeitsplatz finden, und das ist einmal für uns als sozialdemokratische Bürgerschaftsfraktion ein wichtiger Punkt, dass wir hier im Rahmen dieser Perspektive auch die Möglichkeit sehen, wirklich etwas für die Arbeitsplatzsicherung und Arbeitsplatzweiterentwicklung zu tun. Darüber hinaus, so sagt es die Untersuchung dieses B-Plans aus, können zwischen 2000 und 3000 Wohnungen entstehen.

Neben der Schaffung von Arbeitsplätzen im gewerblichen Teil der Klinikflächen legen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten besonderen Wert auf die Entwicklung der Wohnbereiche. Wir wollen Wohnungen und Infrastrukturangebote für alle Altersgruppen: für Familien, für Senioren, aber auch für besondere Wohnformen. Wir unterstützen ausdrücklich die Zielvorstellung dieses Bebauungsplans, durch eine geordnete Verkehrs- und Grünerschließung eine einladende Verbindung auch zu den umliegenden Quartieren herzustellen.

In der Koalitionsvereinbarung steht, es sollen Bauherrngemeinschaften ermöglicht werden. Ich möchte in diesem Zusammenhang die Zusammenschlüsse von Menschen eher so benennen, dass es Baugemeinschaften sind, zumal es größtenteils Frauen sind, die in diesen Projekten sich engagieren. Ich glaube, das wäre vielleicht auch eine Sache für uns, für die Koalitionsparteien dies so zu benennen, das gilt auch für unser in der Koalition erarbeitetes Papier, Das ist aber nur ein kleiner Punkt, vom Grundsatz her ist es richtig.

Diese Passage der Koalitionsvereinbarung möchte ich weiter nicht so verstanden wissen, dass die Stadtgemeinde Projekte dieser Art finanziell fördert, sondern ich möchte darauf hinweisen, dass zum Beispiel auch schon durch frühzeitige Informationen über die Verfügbarkeit von Immobilien Unterstützung durch die Stadt erfahren wird als ganz konkrete Unterstützungsform. Für besonders wichtig halte ich es, dass die Stadt in Grundstücks- und Immobilienausschreibungen eine soziale und auch stadtentwicklungspolitische Komponente aufnimmt. Dies ermöglicht, den Zuschlag nicht zwangsläufig nach dem Höchstgebot zu erteilen, sondern das Angebot auch nach seiner stadtentwicklungspolitischen Intention zu bewerten und als ein Kriterium für den Zuschlag zu berücksichtigen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist wichtig, so frühzeitig mit den Planungen zu beginnen, um eine geordnete Entwicklung des Geländes zu gewährleisten. Alle Potenziale, die ich angedeutet habe, die dieses Gebiet für den Stadtteil bietet, können genutzt werden. Ganz wichtig ist, dass wir großen Wert darauf legen müssen, wir uns keine Leerstände, Brachen und andere Formen der Nicht-Weiterentwicklung in diesem Stadtteil zu erlauben, sondern hier schon Vorsorge zu treffen. Wenn man das genau in diesem B-Plan verfolgt, in der Behandlung auch im Beirat mit der breiten Beteiligung, so glaube ich, dass wir hier auf einem richtigen Weg sind. Die SPD-Bürgerschaftsfraktion unterstützt diesen Bebauungsplan und wird auch diesen Prozess, den ich eben angerissen habe, konstruktiv weiter mitbegleiten. - Danke schön!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Krusche.

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

Kollege Möllenstädt, ich glaube, Sie verwechseln zwei Dinge. Wir reden heute nicht über den Masterplan, über den notwendigen Umstrukturierungsprozess des Klinikums Mitte, sondern wir sprechen über die durch die Umstrukturierung des Klinikums Mitte frei werdende Fläche. Das ist in der Tat eine wichtige städtebauliche Fläche! Ich hoffe, dass man Sie davon überzeugen kann, dass es ein gutes Projekt ist, wenn wir heute möglichst einmütig diesen Bebauungsplan beschließen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Dieser Bebauungsplan schafft ein Planungsrecht, das es möglich macht, in Zukunft günstige Rahmenbedingungen für die Entwicklung eines attraktiven Quartiers zu schaffen.

Meine Damen und Herren, in unserem Koalitionsvertrag haben wir vereinbart, dass wir die Vitalität von gewachsenen Stadtteilen pflegen und die Mischung von Wohnen und Arbeiten stärken wollen. Beides wird an diesem Standort, wenn wir es so machen, wie es der B-Plan vorsieht, gelingen, indem wir dort in dichter Nähe zu einem umstrukturierten Klinikum Mitte klinikumnahe Dienstleistungen ansiedeln können, aber eben auch ein sehr attraktives Stadtquartier mit neuen Wohnformen, mit einer neuen Form von Wohnen und Arbeiten in direkter Angrenzung an sehr lebendige, vitale Stadtquartiere, die dieses Klinikum bereits heute umgeben, entwickeln können. Das ist es, was wir für die Zukunft brauchen.

Wir Grünen haben immer gesagt, wir wollen Innenentwicklung vor Außenentwicklung, wir wollen ressourcenschonend bauen. All dies kann man auf diesem Gelände hervorragend tun, da dieses Gebiet absolut gut durch den ÖPNV erschlossen ist. Man kann ganz viele Wege zu Fuß und per Rad erledigen, viele Menschen, die dort zukünftig wohnen werden, können damit auf ein Auto verzichten. Das ist es doch, was wir auch unter Klimaschutzgründen, auch in der Städtebaupolitik, zukünftig mehr beachten müssen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Man muss sich klarmachen, dass dieses frei werdende Gebiet, weil es so attraktiv liegt und es eine interessante Mischung zwischen sehr erhaltenswerten alten Gebäuden, Grünflächen und eben frei werdenden Flächen für eine neue Architektur bietet, bereits jetzt schon sehr viele Interessentinnen und Interessenten hat, die sich vorstellen könnten, dort in Zukunft zu wohnen.

Dass es diese Interessentinnen und Interessenten gibt, haben wir auch dem Beirat Östliche Vorstadt und der Architektenkammer zu verdanken, die in einer sehr interessanten Vortragsreihe die Umstrukturierung solcher innenstadtnaher Gebiete vorgestellt und uns Politikerinnen und Politikern deutlich gemacht haben, wie man es mit neuen - Bauherren sage ich jetzt nicht mehr, Herr Pohlmann - Baumodellen für Bauherren und Baufrauen entwickeln kann, wie man genossenschaftliche Projekte auf den Weg bringen kann, wie man eine interessante soziale Mischung, eine Mischung zwischen Jung und Alt, zwischen Kindern, Familien erreichen kann. Ich finde, dass wir hier die Aufgabe haben, diesen Prozess zu begleiten.

Der Beirat fordert uns auf, auch gerade wenn es noch dauert, bis das Klinikum Mitte sich umstrukturiert hat, jetzt schon damit zu beginnen, da ein solcher Prozess, in den man die zukünftigen Nutzerinnen und Nutzer frühzeitig einbeziehen möchte, seine Zeit braucht. Darum appelliere ich auch an den neuen Bausenator, dass er sich dieses Projekts wohlwollend annimmt und versucht, hier tatsächlich auch neues, innenstadtnahes Wohnen und Arbeiten möglich zu machen. Ich denke, dass es ein sehr erfolgreiches Projekt wird, und ich glaube auch, dass wir dem Klinikum Mitte mit seiner Konzeption, sich zu konzentrieren, einen Gefallen tun und es auch auf einen zukünftig guten Weg bringen werden. - Danke!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Focke.

Abg. **Focke** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bei diesem Punkt haben wir unsere Meinung über Nacht auch nicht geändert und werden dem Bebauungsplan und der Flächennutzungsplanänderung natürlich zustimmen. Trotzdem, Herr Kollege Möllenstädt, stimme ich Ihnen zu: Bei dem Masterplan bin ich mir auch nicht sicher, ob es wirklich noch etwas wird. Allerdings hat das hier mit diesem Bebauungsplan nichts zu tun.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Insofern, glaube ich, müsste man es an anderer Stelle und zu gegebener Zeit auch noch einmal etwas intensiver diskutieren, und das werden wir bestimmt hier noch tun. Ich bin überzeugt, dass wir hierzu noch einige Debatten führen werden.

Ob der Bebauungsplan nachher, wenn es mit dem Masterplan dann nicht so geklappt hat, genauso

umgesetzt wird, ist eine andere Frage. Dieser Bebauungsplan gibt aber einen Rahmen vor, die 8,5 Hektar sind hier eben schon genannt worden. Man kann auch in diesen Bebauungsplan noch eine ganze Menge Bewegung hineinbringen und Veränderungen vornehmen, insofern ist es jetzt nicht damit verbunden, ob der Masterplan nun durchgesetzt wird oder nicht. In jedem Fall ist es richtig, den Bebauungsplan jetzt hier so zu beschließen. - Danke schön!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Dr. Loske.

Senator Dr. Loske: Herr Präsident, liebe Abgeordnete! Bei derart viel Einvernehmen muss man ja nicht mehr so viel sagen, glaube ich. Was wir heute machen, ist in der Tat, die planerische Voraussetzung zu schaffen für die Entwicklung eines lebendigen und stadtnahen Wohnquartiers. Das Klinikum Mitte, das ist bekannt, befindet sich in einem umfassenden Umstrukturierungsprozess, der im Ergebnis dazu führen wird, dass es sich flächenmäßig verkleinern wird, und diese Flächen wollen wir mobilisieren.

Die gegenwärtige weiträumige Verteilung der Versorgungseinrichtungen, die im Wesentlichen in einer Pavillonbauweise dort stehen, wird zugunsten einer räumlichen Schwerpunktbildung entlang der Bismarckstraße aufgelöst. In der südlichen Hälfte des Areals werden dadurch erhebliche Flächen frei für zukünftige Entwicklungen. Wir schaffen also nur die planerischen Voraussetzungen. Das Thema, das der Kollege von der FDP angesprochen hat, steht heute hier nicht zur Debatte, das wurde ja bereits gesagt.

Vielleicht noch ein paar wichtige Grundorientierungen, die den Beirat Östliche Vorstadt auch bewegt haben, die ich in hohem Maße nachvollziehbar und unterstützenswert finde: Für den Beirat ist es, erstens, wichtig gewesen, dass gute Strategien zu einer bauträgerfreien Entwicklung gefunden werden, die sich bereits im Planungsprozess an den späteren Kunden und Nutzern orientieren. Das ist ein sehr wichtiger Punkt! Zweitens: Es ist ein gutes Signal für Binnenverdichtung gegen Stadtausfransung am Stadtrand, also quasi auch für die ökologischen Chancen, die in der Dichte liegen, das halte ich für sehr vernünftig. Das Dritte ist, dass es zu einem intakten und aktiven Stadtviertel führen kann, mit einer guten Mischung aus Wohnen, Arbeiten, Dienstleistung, Handel und Kultur. Es ist vor allen Dingen ein Bei-

trag zur Stadt der kurzen Wege und erlaubt es auch, neue Wohnformen und interessante soziale Mischungen an diesem Standort zu finden.

Deswegen freut sich mein Haus darüber, dass die Unterstützung für diese Sache so groß ist und vielleicht das eine Missverständnis jetzt ausgeräumt werden konnte. Hier geht es wirklich nur um die planerischen Voraussetzungen, um gute Bedingungen für dieses Viertel zu schaffen. - Danke schön!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Als Erstes lasse ich über den Flächennutzungsplan Bremen abstimmen.

Wer dem Plan zur 93. Änderung des Flächennutzungsplans Bremen seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen FDP)

Stimmenthaltungen?

(Die Linke)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Jetzt lasse ich über den Bebauungsplan 2364 abstimmen.

Wer dem Bebauungsplan 2364 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen FDP)

Stimmenthaltungen?

(Die Linke)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

**Bebauungsplan 2275
Aufhebung von Bebauungsplänen im Stadtteil
Bremen-Schwachhausen**

Mitteilung des Senats vom 12. Juni 2007
(Drucksache 17/8 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Bebauungsplan 2275 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(Die Linke)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend bei Enthaltung der Fraktion Die Linke.

**Bebauungsplan 2353
Aufhebung von Bebauungsplänen im Stadtteil
Bremen-Östliche Vorstadt**

Mitteilung des Senats vom 12. Juni 2007
(Drucksache 17/9 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Bebauungsplan 2353 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(Die Linke)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend bei Enthaltung der Fraktion Die Linke.

Zwangsumzüge für ALG-II-Empfänger/-innen stoppen!

Antrag der Fraktion Die Linke
vom 22. Juni 2007
(Drucksache 17/10 S)

Wir verbinden hiermit:

Umzugsaufforderungen reduzieren und mehr Einzelfallgerechtigkeit bei der Übernahme der Kosten der Unterkunft erzielen!

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 4. Juli 2007
(Drucksache 17/16 S)

Dazu

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke vom 4. Juli 2007

(Drucksache 17/18 S)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Rosenkötter.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Erlanson.

Abg. **Erlanson** (Die Linke)*): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Mir geht es in dem Fall insbesondere um unseren Änderungsantrag, der ja eben auch benannt wurde. Ich will einmal ganz grundsätzlich sagen: Ich kann auch an dieser Stelle mit großer Freude und Genugtuung für Die Linke wiederum feststellen, dass SPD und Grüne grundsätzlich einen Dringlichkeitsantrag gestellt haben, obwohl wir vorher schon einen Antrag gestellt hatten, der eigentlich die wesentlichen Punkte unserer Forderungen - sei es aus unserem Wahlprogramm oder unseres Antrags - übernommen hat,

(Beifall bei der Linken)

denn darin steht wunderbar, dass bis zum Erlass einer neuen Verordnung, bis zu dieser Zeit die bisherigen Umzugsaufforderungen zurückgehalten werden, dass die Betroffenen darüber informiert werden und dass von den Menschen draußen, die davon betroffen sind, endlich auch über die Sommerpause dieser Druck mit diesen Zwangsumzügen genommen wird. Das begrüßen wir ausdrücklich!

(Beifall bei der Linken)

Wir haben jetzt nur einen Änderungsantrag für Die Linke eingebracht, und der Änderungsantrag bezieht sich darauf, dass die SPD und die Grünen in der Begründung ihres Antrags tatsächlich richtig erwähnen, dass es eine ähnlich missliche Situa-

*) Vom Redner nicht überprüft.

on bei der Übernahme der Heizkosten gibt. Die Heizkosten, wie sie tatsächlich anfallen, werden bei vielen nicht mehr übernommen. Das liegt daran, dass es auch dafür eine festgelegte Obergrenze gibt, die bei 1,10 Euro pro Quadratmeter liegt. Richtig ist zurzeit, dass wohl die meisten tatsächlich anfallenden Heizkosten bei 1,20 Euro bis 1,30 Euro liegen, und deshalb haben wir den Änderungsantrag für den SPD/Grünen-Antrag gestellt, dass ein Punkt 5 eingeführt wird, in dem es heißt: Bis zum Erlass der neuen Verwaltungsanweisung sind die tatsächlich anfallenden Heizkosten zu übernehmen. Wenn das so wäre, würden wir in dem Fall natürlich nicht nur für unseren, sondern auch für den Antrag der Grünen und der SPD stimmen. - Danke!

(Beifall bei der Linken)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Grotheer.

Abg. **Grotheer** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst einmal Die Linke loben,

(Abg. Focke [CDU]: Ach!)

und zwar dafür - es kommt ja! -, dass sie den Koalitionsvertrag zitiert in ihrem Antrag, in dem es ja heißt: „Wir wollen die Umzugsaufforderungen drastisch reduzieren. Die Mietgrenzen in Bremen sollen sich an den Regelungen vergleichbarer Großstädte orientieren. Umzugsaufforderungen sollen nur erfolgen, wenn annehmbarer Ersatzwohnraum tatsächlich vorhanden ist“ und so weiter. Das ist genau das, was die neue Koalition vereinbart hat, und das ist uns ein ernstes Anliegen, und deshalb steht es an prominenter Stelle in dem Koalitionsvertrag. Also, deshalb noch einmal schönen Dank dafür,

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

dass auf diesem Weg die Linkspartei mit dazu beiträgt, den Inhalt unseres Koalitionsvertrages zu verbreiten, denn wir wollen natürlich, dass die Öffentlichkeit davon erfährt, was wir an politischen Projekten alles vorhaben!

Damit muss ich jetzt aber auch mit dem Lob Schluss machen und will ich jetzt auch einige andere Aspekte ansprechen. Dies ist ja ein sehr komplexes sozialpolitisches Thema, das in Bremen 43.000 Bedarfsgemeinschaften betrifft, also, das ist ein Thema, das ganz viele Menschen in Bremen angeht, und deshalb finden wir, dass dieses Thema überhaupt keine populistische Be-

handlung verdient hat, sondern dass man sich ganz ernsthaft damit auseinandersetzen muss.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken)

Deshalb sage ich auch, sagen wir auch - -.

(Zuruf von der CDU)

Ja, das geht in beide Richtungen jetzt! Deshalb ist es zumindest unglücklich, wenn in der Überschrift des Antrags der Linkspartei die Rede davon ist, dass in Bremen Zwangsumzüge stattfinden, denn dieser Begriff Zwangsumzüge suggeriert ja, dass Leute gegen ihren Willen sozusagen umgezogen werden, dass ein Lkw kommt, der von einer Behörde geschickt wird, und dass dann ihre Möbel ausgeräumt und in eine andere Wohnung transportiert werden. Das ist es ja nicht, sondern es geht darum, dass über die Frage diskutiert wird, in welchem Umfang die BAglS nach dem SGB II oder die Kommune nach dem SGB XII die Kosten für die Miete übernimmt.

Ich finde, man muss dieses Thema ernsthaft diskutieren, und man muss auch genau diese Dimension deutlich machen. Deshalb meine ganz herzliche Bitte an die Linkspartei, doch künftig in der Debatte in der Öffentlichkeit und auch hier die richtigen Begrifflichkeiten zu verwenden! Wenn hier von Umzugsaufforderungen die Rede ist, dann ist das in Ordnung - nicht ganz korrekt, aber damit könnte ich mich arrangieren -, aber nicht mit dem Begriff der Zwangsumzüge.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen das Problem überhaupt nicht kleinreden. Das von der BAglS gewählte Verfahren ist auch nach unserem Verständnis nicht in Ordnung. Es hat viel Verunsicherung bei den Betroffenen erzeugt, denn das, was eigentlich nur ein Erhebungsbogen sein sollte - es wurden ja Daten zu den Wohnungen, zu den Mietverträgen abgefragt -, ist als Aufforderung zur Reduzierung von Miete formuliert worden bis hin zu der Aufforderung, sich eine günstigere, billigere Wohnung zu nehmen, also umzuziehen, und das ist jedenfalls nach meinem Verständnis nicht in Ordnung. Denn es ist ja zunächst nach dem Gesetz die Aufgabe der Verwaltung, den Sachverhalt zu ermitteln, um den es geht, also festzustellen, in welcher Wohnung die Betroffenen wohnen, was sie an Miete bezahlen.

Dabei muss der Antragsteller mitwirken an der Ermittlung dieses Sachverhalts, und wenn der Sachverhalt ermittelt ist, dann muss die Behörde den Betroffenen nach meinem Verständnis noch

einmal anhören, ihm das rechtliche Gehör gewähren, und dann kann sie entscheiden, vielleicht auch darüber, dass die Miete nicht in voller Höhe übernommen wird. Das ist der richtige Weg. Was hier gemacht worden ist, das ist so ein Durcheinander von Erhebung und von Aufforderung, und das Ganze hat, wie gesagt, zu einer erheblichen Verunsicherung geführt.

Wir wollen das ändern. Wir haben das bereits in unserem Wahlprogramm erklärt, wir haben es im Wahlkampf erklärt, und wir machen ernst. Das sind keine leeren Versprechungen, sondern wir werden das tun, und wir brauchen dazu auch keine Aufforderung der Linken. Wir sind froh über die Unterstützung, aber eine Aufforderung brauchen wir dazu nicht.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Nach dem Gesetz werden die angemessenen Mietkosten übernommen, und eine Miete, die nicht angemessen ist, wird zunächst weitergezahlt, wenn ein Umzug nicht zumutbar oder gar nicht möglich ist. Wir streiten uns im Moment um die Frage: Was ist eigentlich angemessen? Das ist eine schwierige Frage, mit der sich auch schon die Gerichte beschäftigt haben.

In Bremen wie in einigen anderen Städten ist auch auf eine Tabelle als Anlage zu Paragraph 8 Wohngeldgesetz Bezug genommen worden. Das ist schon im Ansatz zweifelhaft gewesen, aber es steht seit November vergangenen Jahres fest nach einer Entscheidung des Bundessozialgerichts, dass eine bloße Bezugnahme auf die Zahlen aus dieser Tabelle unzulässig ist, sondern dass vielmehr im Einzelfall, bezogen auf die Gemeinde und, noch besser, bezogen auf einzelne Stadtteile, ermittelt werden muss, in welcher Höhe Mieten als angemessen angesehen werden können.

Im Übrigen hat das Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen vor 3 Monaten für Hannover entschieden, dass diese Bezugnahme auch dort konkret nicht zulässig ist. Das Landessozialgericht ist für Hannover zu dem Ergebnis gekommen, dass dort eine Miete von über 385 Euro für eine alleinstehende Person als angemessen, als Höchstgrenze anzusehen ist. Daraufhin hat die Kommune Hannover dann die Grenze auf 350 Euro festgesetzt. Dies sozusagen nur als Bezugsgröße, weil wir in Bremen im Moment eine Obergrenze von 265 Euro anwenden! Das ist auf diese Tabelle zum Wohngeldgesetz bezogen. Das geht so nicht weiter, das muss geändert werden!

Es ist im Übrigen richtig gewesen - das möchte ich an dieser Stelle betonen -, dass der Senat, dass die Behörde bei der GEWOS ein neues Gutachten in Auftrag gegeben hat, denn auch das ergibt sich aus dieser Entscheidung des Bundessozialgerichts. Es müssen nämlich konkrete Feststellungen getroffen werden, und genau dazu dient ja dieses Gutachten, Informationen zu bekommen über die Miethöhe bis hin zu der Frage der Verfügbarkeit, und das auch bezogen auf die einzelnen Stadtteile.

Es war daher auch richtig - und das möchte ich betonen, dazu bedurfte es nicht dieses Antrags der Linken -, dass die Behörde die Absenkungsentscheidungen ausgesetzt hat. Das ist also bereits geschehen. Das, was in dem Antrag der Linken gefordert wird, das hat die Behörde bereits verfügt. Es ging genau darum, Verunsicherungen zu nehmen und auch - ich sage das ganz offen - Zeit zu gewinnen, um eine vernünftige, eine rechtskonforme und eine politisch ordentliche Lösung zu erarbeiten.

Genauso richtig ist es aber, dass in bestimmten krassen Einzelfällen Absenkungsentscheidungen durch die Verwaltung weiterverfolgt werden. Deshalb sagen wir ja in unserem Antrag, dass in den Fällen, in denen eine Überschreitung von mehr als 50 Prozent vorliegt, also 150 Prozent der Miete nach den gegenwärtigen Sätzen bezahlt wird,

(Glocke)

die Verwaltung diesen Prozess weiterverfolgen soll, und das findet sich in unserem Antrag wieder. Ich bitte ganz herzlich um Zustimmung zu unserem Antrag. Ich würde mich gern noch zu dem Änderungsantrag der Grünen -

(Heiterkeit)

Entschuldigung! -, der Linken äußern. Das kann ich aber noch nachholen, darauf habe ich mich vorbereitet. - Schönen Dank erst einmal!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Frehe.

Abg. **Frehe** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Frage, die wir hier debattieren, geht einen erheblichen Personenkreis an. Das sind keine Randgruppen, sondern das sind mittlerweile fast 18 Prozent der bremischen Bevölkerung. Sie sind von Grundversicherungsleistungen direkt als Einstandsgemeinschaft oder eben auch im Rahmen von Bedarfs-

gemeinschaften davon betroffen. Die Karriere, in den Bezug von Grundsicherung zu kommen, kann ganz schnell gehen: Eine betriebsbedingte Kündigung, dann 12 Monate Arbeitslosengeld, und dann ist man schon auf dem Grundsicherungsniveau und hat dann allenfalls noch den Betrag von bis zu 160 Euro zusätzlich, der als Abstufungsbeitrag dann langsam abgeschmolzen wird in den nächsten 2 Jahren. Wenn man dann seine Wohnung auch noch wechseln soll, dann kann man schon in eine wirklich tiefe persönliche Krise kommen. Deswegen muss mit diesem Thema auch besonders sensibel umgegangen werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der Linken)

Die rot-grüne Koalition hat sich vorgenommen - wie eben schon vom Kollegen Grotheer vorgetragen, wie von der Linken auch korrekt zitiert aus der Koalitionsvereinbarung -, die Umzugsaufrorderungen drastisch zu reduzieren und auch die Mietkosten- und Heizkostenübernahme völlig neu zu regeln. Die bisherige Regelung war in der Tat rechtswidrig, aber es ist auch nicht möglich zu sagen, jegliche Mietkosten und jegliche Heizkosten werden akzeptiert.

Nach Paragraph 22 Sozialgesetzbuch II werden die Kosten für Unterkunft und Heizung in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen übernommen - so heißt es zunächst -, aber dann nur, soweit sie angemessen sind. Der Begriff der Angemessenheit ist hier auslegungsbedürftig, und dazu - das hat Herr Kollege Grotheer vorgetragen - gibt es 2 zentrale Entscheidungen: einmal die Entscheidung des Bundessozialgerichts dazu und das Urteil des LSG Niedersachsen-Bremen, dass man nicht einfach von den Wohngeldgrenzen ausgehen darf, sondern individuell schauen muss. Man muss sowohl die subjektive Seite des Leistungsempfängers sehen als auch den Wohnungsmarkt genau erfassen, und nur dann kann man eine angemessene Entscheidung treffen. Eine solch differenzierte Prüfung ist in der Vergangenheit nicht passiert. Das ist zu Recht von den Leuten kritisiert worden, und wir haben das auch als Grüne schon sehr frühzeitig immer wieder kritisiert.

Wir werden deshalb eine Verwaltungsanweisung mit der Behörde zusammen erarbeiten, um diesen Prüfungsprozess, der vom Gericht gefordert wird und auch sozial notwendig ist, weiter auszugestalten. Wir können zum Beispiel bei den eigenen Umzugswünschen nicht einfach sagen, dann setzen wir alles aus, denn es gibt ja auch Leute, die selbst umziehen wollen, und dann ist die Frage: Welche Miete ist angemessen, und welche kann akzeptiert werden? Also haben wir die Regelung getroffen, dass bei denjenigen, deren Wohnungs-

kosten die Obergrenze bis zu 50 Prozent überschreiten, nichts passiert, und bei Wohnungssuchenden aber 20 Prozent Überschreitung akzeptiert wird, sodass er oder sie auch Planungssicherheit in dem Zeitraum bis zu einer Neuvermietung hat.

Gleichzeitig ist von der Behörde ja das zweite GEWOS-Gutachten in Auftrag gegeben worden. Ich verspreche mir davon detaillierte Auskünfte, wie der Wohnungsmarkt in Bremen aussieht. Grundsätzlich hat das Bundessozialgericht ja darauf abgestellt, dass man einen Mietspiegel zugrunde legen sollte. Den haben wir hier in Bremen nicht, aber das GEWOS-Gutachten kann uns vergleichbare Informationen bieten.

Mit dem Konzept, das wir mit unserem Antrag vorschlagen, können die aufgetretenen Härten vermieden, die Zahl der Umzüge drastisch reduziert und auch für die Betroffenen akzeptierbare Lösungen geschaffen werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Nun kurz zu dem Antrag der Linken, der in dem Entscheidungsteil unserem Antrag in der Tat sehr nahe ist! In den vorherigen Formulierungen steht allerdings, dass es grundsätzlich keine Umzugsaufrorderung geben soll. Das können wir nicht mittragen, denn zum Beispiel bei jemandem, der vorher mit einer Familie mit fünf Personen in einem 90 oder 100 Quadratmeter großen Haus gewohnt hat und bei dem dann die Kinder und die Ehefrau ausziehen, weil vielleicht eine Trennung stattgefunden hat, kann man nicht sagen: Okay, diese Kosten für das 100-Quadratmeter-Haus sind nach wie vor angemessen. In einem solchen Fall muss man eine Umzugsaufrorderung erteilen können.

Es gibt auch Leute, das kenne ich, die, sage ich einmal, im Winter die Wärmeregulierung über die Fenster vornehmen und entsprechend hohe Heizkosten verursachen. Auch in diesem Fall kann man nicht sagen, dass alle Heizkosten, egal, wie hoch sie sind, übernommen werden können. Deshalb können wir den Antrag der Linken so nicht mittragen.

Zum Ergänzungsantrag! Hier gilt das Gleiche, die Heizkosten werden ja rückwirkend abgerechnet. Wenn man jetzt sagen würde, wir setzen im Grunde genommen alle Entscheidungen über die Heizkosten aus, würde das bedeuten, dass wir die Fälle, in denen jetzt eine Abrechnung und Nachzahlungsaufforderung vorliegt, nicht mehr auf Angemessenheit überprüfen können. So würden wir nicht gesetzeskonform handeln, aber wir werden in der Deputation ausführlich über eine richtige

und differenzierte Entscheidung über die Heizkosten sprechen können.

Es geht insbesondere zum Beispiel um die unterschiedlichen Wärmebedürfnisse. Es gibt Menschen, die zum Beispiel MS-krank sind und daher einen höheren Heizungsbedarf haben. Es gibt Wohnungen, die besser oder schlechter isoliert sind. In einigen Fällen kommt man gut mit den gegenwärtig übernommenen Heizkosten aus, wenn es insbesondere neue Wohnungen sind, in mancher alten Wohnung kommt man mit diesen Heizkostenbeträgen nicht aus. Deswegen bitte ich darum, auf diesen Änderungsantrag zu verzichten, oder wir müssen ihn ablehnen. Aber wir werden uns dem Thema widmen, wir werden es in der Deputation behandeln, weil es in einer solchen Verwaltungsanweisung geregelt werden muss. Das heißt, unser Ziel, die Umzüge drastisch zu reduzieren, werden wir mit unserem Antrag auch erreichen. - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Angeordnete Bartels.

Abg. **Bartels** (CDU)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Frehe, ich glaube, Sie haben recht, wenn Sie sagen, dass man mit diesem Thema sehr sensibel umgehen muss.

Zunächst zum Verfahren: Es ist schon etwas erstaunlich, dass wir zuerst einen Antrag von der Fraktion Die Linke bekommen und dann einen Gegenantrag der Koalitionsfraktionen, der dann mit einem Änderungsantrag der Linken belegt wird.

(Zurufe von der SPD und vom Bündnis 90/Die Grünen)

Ich weiß nicht, ob Sie sich noch einmal gemeldet haben, Herr Erlanson, aber vielleicht können Sie es noch einmal erklären, ob Sie Ihren erstgenannten Antrag zurückziehen oder ob Sie jetzt dem anderen Antrag irgendwie beitreten wollen!

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist doch jetzt nicht euer Problem, oder?)

Wir sagen, meine Damen und Herren, mit dem Thema ist bisher nicht in der nötigen Art und Weise sensibel umgegangen worden. Die Menschen sind unnötigerweise verunsichert worden. Die

GEWOBA-Studie hat gezeigt, dass sowohl das Wohnraumleerangebot in der angegebenen Menge als auch die Berechnungsgrundlage der notwendigen Mietaufwendungen für die Arbeitslosengeld-II-Bezieher, so zum Beispiel im Hinblick auf die steigenden Energiekosten, zweifelhaft sind. Das haben wir hier mehrmals beraten.

Es ist auch so, dass die bisherigen Umzugsaufrorderungen für Arbeitslosengeld-II-Bezieher sicher nicht sorgfältig genug geprüft worden sind, bevor sie verschickt wurden. Erst im Nachhinein werden jetzt alle Widersprüche auch aufgrund der neuen Rechtsprechung genau geprüft, das hat nur zu unnötigen Belastungen bei den Mietern, vor allem bei den Familien, geführt und gefährdet auch ein ausgewogenes und umfassendes Wohnraumangebot für Arbeitslosengeld-II-Bezieher.

Die weitere Abarbeitung der Umzugsaufrorderungen der Behörde darf im Folgenden nicht dazu führen, dass wir die jahrelang aufgebaute Stabilisierung unserer WiN-Gebiete gefährden, auch dies ist unsere Position. Man hat den Fehler gemacht, die Menschen erst zu verunsichern und dann mit aufwendigen Verfahren wieder Übergangsfristen für besondere Personengruppen, zum Beispiel Menschen mit kleinen Kindern, Menschen mit Behinderung, ältere und pflegebedürftige Menschen, festzulegen.

Meine Damen und Herren, wir haben in Bremen keinen Mietspiegel. Darüber können wir froh sein, denn alle Kommunen, die einen Mietspiegel haben, bemerken, dass durch den Mietspiegel die Miete kontinuierlich steigt. Jede neue Miete, die in den Mietspiegel eingetragen wird, ist teurer und führt dazu, dass der Mietspiegel ansteigt. Das Problem ist, dass es zu wenig Wohnungen in diesem Bereich, insbesondere der Ein- und Zwei-Personen-Haushalte, gibt und dass Wohnungen vor allem nur durch Fluktuation frei werden. Wenn wir nun von vornherein sagen, wir erkennen höhere Mieten an, dann ist die logische Folge, dass die Mieten ganz schnell um diese 10 oder 20 Prozent steigen werden.

Ich will noch etwas, weil das hier auch angeklungen ist, zu den Heizkosten sagen. Sie reden davon, dass die Menschen auf den anfallenden Heizkostennachzahlungen sitzengelassen werden. Mitnichten! Die BAGIS zahlt doch derzeit in vielfachen Einzelfällen Strom-, Wasser- und Gasabschläge, und ebenso werden vielfach die Nachzahlungen übernommen, sodass es eben nicht zur Sperrung der Haus- und Wohnungsanschlüsse kommen muss. Wir wissen, dass die Energiepreise in den vergangenen Monaten gestiegen sind, übrigens für alle, und deshalb müssen wir alle mit unseren Energieverbräuchen sparsam und

*) Vom Redner nicht überprüft.

effizient umgehen. Ich plädiere sehr dafür, dass auch den Beziehern von Arbeitslosengeld II noch einmal als Hilfestellung mitgegeben wird, wo und wie man Energie effizienter nutzen, aber auch mit Heizungswärme leben kann.

Meine Damen und Herren, wir lehnen den Antrag der Fraktion Die Linke ab. Dem Antrag von der SPD und vom Bündnis 90/Die Grünen können wir in dieser Form zustimmen, auch wenn wir die Begründung und die Einleitung so nicht mittragen können, aber diese stehen hier sowieso nicht zur Abstimmung.

Meine Damen und Herren, wir sind sehr gespannt auf die Beratungen in der Sozialdeputation, wie Sie das vor dem Hintergrund der knappen Haushaltslage in Bremen dann gegenfinanzieren wollen. Wir sind diesbezüglich sehr diskussionsbereit und werden das eng verfolgen. Frau Senatorin, wir fordern Sie auf, dass Sie auch uns gegenüber die nötige Transparenz für eine neue Verwaltungsanweisung geben! - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. **Rupp** (Die Linke)^{*)}: Herr Präsident, verehrte Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen! Sie werden uns als Linke verzeihen, wenn wir in der Frage Arbeitslosengeld II, Hartz IV, soziale Absicherung nicht mehr das eherne Grundvertrauen in rot-grüne Regierungen haben, was hier reklamiert wird.

(Beifall bei der Linken)

Deswegen bin ich einerseits durchaus froh, dass solche Formulierungen in der Koalitionsvereinbarung stehen, weil es ganz konkret Menschen hilft. Andererseits waren wir kurz vor dieser Sitzung in einer Situation, in der wir ganz konkret angesprochen worden sind von Betroffenen, von Initiativen, von Hilfsorganisationen, die gesagt haben, in diesen zwei Fragen muss etwas passieren! Hierüber wollte ich jetzt keine Grundsatzdebatte über Hartz IV, und ich habe auch überhaupt kein Interesse an polemischer Abrechnung, das ist jetzt nicht die Zeit.

Sie haben gesagt, es gibt genau zwei Probleme, die viele Betroffene haben, nämlich die Frage der Rechtssicherheit - was passiert eigentlich in den nächsten Monaten? -, und sie haben das Problem, dass in der Tat auch Leute, die nicht nachts

bei geöffnetem Fenster und angestellter Heizung schlafen, ein Problem haben, ihre Heizkosten aus dem Regelsatz zu bezahlen. Es gibt dort offensichtlich, und da muss ich mich auch schlau machen, ganz konkrete Probleme.

Meine Bitte ist ganz einfach, wenn es schon so ist, dass wir das Grundvertrauen in die rot-grüne Koalition wiedergewinnen können, und der Dringlichkeitsantrag spricht ein Stück weit dafür, dass Sie vielleicht auch eine ähnlich kluge oder eine ähnlich mögliche Regelung, wie Sie sie jetzt für diese Umzugsaufforderungen gefunden haben, möglicherweise sogar mit ein paar sinnvollen Tatbeständen, für die Heizkostenabrechnung hier hineinbauen und auch öffentlich signalisieren, dass das so ist.

Ich glaube, es ist diese Unsicherheit vieler einzelner Betroffenen, worunter sie leiden. Ich schlage einfach vor, dass es vielleicht auch in dieser Runde jemanden gibt, der sagt: Pass einmal auf, da finden wir eine Regelung, wir signalisieren, dass im Rahmen von normalen Heizkosten die Heizkosten steigen oder etwas Ähnliches, demnach eine ähnlich gute, kluge Formulierung in Ihren Antrag eingebracht wird, dann werden wir diesen Antrag auch unterstützen.

(Beifall bei der Linken)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Buhlert.

Abg. **Dr. Buhlert** (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir von der FDP halten es ebenfalls für dringend angebracht, die Angemessenheit der Wohngeldgrenzen, der Mietobergrenzen zu überprüfen. Es ist eine Sache, die dringend notwendig ist, damit die Betroffenen Rechtssicherheit erfahren, denn in der Tat, die Tabellen haben ihre Gültigkeit verloren.

Allerdings ist es auch wichtig zu sehen, dass es natürlich Lebenslagen gibt, in denen Menschen umziehen müssen, wenn sie beispielsweise in die Rente kommen, sich nicht mehr das leisten können, was sie sich vorher leisten konnten, wenn die Kinder ausziehen und sie sich etwas anderes leisten wollen. Insofern muss es auch hier weiterhin möglich bleiben, wenn sich das Einkommen nach unten verändert - das ist ja leider in diesen Fällen so -,

(Zuruf der Abg. Frau Busch [SPD])

dass Leute sich angemessen darauf einstellen, anderen Wohnraum zu nehmen, weil sie von dem Geld anderer Leute leben.

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

Trotzdem ist es immer eine Frage, die man sich stellen muss, ob Umzüge notwendig und überhaupt in unserer Stadt möglich sind, denn eines ist doch ganz klar, was wir sehen müssen: Viele Umzugsaufforderungen sind zwar vorhanden, aber sie sind am Ende nicht realisierbar, weil der Wohnraum für diese Menschen, wie dort entsprechend unterstellt, in der Art gar nicht zur Verfügung steht. Wir sollten uns deswegen den Wohnungsmarkt sehr genau anschauen.

Wir werden den Antrag der Linken ablehnen, dem Antrag der Koalition nicht zustimmen, wir werden uns enthalten, weil wir Ihnen für die entsprechenden Verwaltungsanweisungen natürlich keinen Persil-Schein ausstellen wollen. Gleichzeitig werden wir uns konstruktiv in der Deputation in die Debatten einbringen. - Herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Grotheer.

Abg. **Grotheer** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich freue mich sehr darüber, dass Herr Bartels signalisiert hat, dass die CDU sich hier nicht verweigern will.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich empfinde es als einen konstruktiven Beitrag zur Debatte. Es hebt sich, das darf ich sagen, ganz wohltuend von dem Hauch von Fundamentalopposition ab, den wir in der vergangenen Woche hier gehört haben.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich hoffe, dass wir im Bereich der Sozialpolitik auch künftig so konstruktiv miteinander umgehen können.

(Zurufe von der CDU)

Ich glaube übrigens nicht, diese Befürchtung wird häufig geäußert, dass eine Änderung unserer Regelung generell zu einer Steigerung von Mieten in Bremen führen wird, im Gegenteil. Ich glaube, dass die bisherige Verwaltungsanweisung ganz weit von der Realität entfernt war, und wenn man genau hinschaut, dann kann man es sich auch aus dem Bericht der Verwaltung vom 31. Januar 2007 erschließen. Dort ist über die Ergebnisse der bisherigen Überprüfungen berichtet worden.

Es war so, dass bei den alleinstehenden Personen von 2888 überprüften Fällen 2674 Personen

mindestens 30 Prozent über der Grenze nach der Tabelle zum Wohngeldgesetz gelegen haben. Das heißt, 90 Prozent aller Fälle zahlten, gemessen an den Regelungen, eine mehr als 30 Prozent zu hohe Miete. Das heißt nichts anderes, als dass die Regelung falsch war, weil das Regel-Ausnahme-Verhältnis so überhaupt nicht stimmen kann, da ist dringender Änderungsbedarf!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir wollen natürlich auch die Betroffenen unterrichten und selbstverständlich dafür sorgen, dass das Gutachten der GEWOS, wenn es vorliegt, der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird, weil wir einen transparenten Entscheidungsprozess anstreben. Wir wollen im September dieses Jahres in der Deputation darüber diskutieren und möglichst auch dort zu einem Ergebnis kommen. Natürlich muss auch mit den bremischen Wohnungsbaugesellschaften verhandelt werden über die Frage, wie es erreicht werden kann, dass für diesen Personenkreis preisgünstiger Wohnraum zur Verfügung gestellt wird.

Eines will ich noch einmal sagen unter Bezugnahme auf diese elende Spardebatte, die wir in den vergangenen Jahren immer wieder hatten. Hier geht es ja nicht darum, dass wir Almosen verteilen, gnädig sind, Geld ausgeben, weil wir zu viel davon haben, sondern es ist schlicht so, dass hier durch das Bundesgesetz individuelle Rechtsansprüche statuiert sind, die im Einzelfall entschieden werden müssen und die im Übrigen auch gerichtlich geltend gemacht, also eingeklagt werden können. Das ist auch der Grund dafür, weshalb es hier sehr eingeschränkte politische Steuerungsmöglichkeiten gibt.

Wir können als Parlament gar nicht beschließen, dass wir nur einen bestimmten, ganz kleinen Geldbetrag für diese Ausgaben zur Verfügung stellen, weil wir damit sofort, jetzt beim Verwaltungsgericht und ab 2009, wenn die Verfahren dann übergehen, beim Sozialgericht, „auf Granit beißen“ werden. Das wird nicht gehen! Diese individuellen Rechtsansprüche - das müssen wir Abgeordnete uns auch vergegenwärtigen - verdichten sich im Haushalt zu einem Betrag von über 160 Millionen Euro jährlich, die für die Kosten der Unterkunft und für die Heizkosten ausgegeben werden. Das ist ein riesiger Posten, aber es ist eben so, dass wir das nicht - schon gar nicht beliebig - reduzieren können.

Also gingen die verschiedenen Beiträge, die wir aus unterschiedlichen Ecken gehört haben, dazu, dass man in diesem Bereich ja ordentlich einsparen könnte, völlig an der Sache vorbei.

Ich möchte noch darauf hinweisen, dass auch die Rechtsprechung und auch das Gesetz davon ausgehen, dass hier keine Luxuswohnungen bezahlt werden, sondern dass hier ein einfacher Standard zugrunde zu legen ist. Das ist auch die Grundlage, auf der wir debattieren. Ich möchte auch noch darauf hinweisen, dass wir immerhin - das ist natürlich nicht viel, aber immerhin ein Tropfen auf den heißen Stein, ein bisschen mehr ist es schon - fast 30 Prozent der Kosten für die Unterkunft vom Bund erstattet bekommen, das ist ja auch etwas.

Was in diesem Zusammenhang auch wichtig ist, und das wollen wir auch nicht verschweigen: Wir sind nicht glücklich mit der Arbeitsweise der BAGIS. Wir finden, dass die Fehlerquote, die einmal vom Rechnungshof festgestellt worden ist, mit seinerzeit 58 Prozent, oder auch nach der eigenen Erhebung der BAGIS mit 40 Prozent, viel zu hoch ist. Wir wollen aber auch nicht einstimmen in das Konzert derjenigen, die pauschal auf die BAGIS und auf die Mitarbeiter schimpfen, sondern wir sagen: Das muss kleingearbeitet werden. Die Qualität der Arbeit bei der BAGIS muss verbessert werden, und das macht man, glaube ich, besser, indem man an der Sache arbeitet, als dass man das laut in der Öffentlichkeit immer wieder diskreditiert.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zum Thema Heizkosten wollte ich noch etwas sagen! Ich würde Die Linke doch bitten, ihre Position noch einmal zu überdenken! Wir haben vor einiger Zeit eine Tabelle bekommen, in der die durchschnittlichen Heizkosten bei den Gesellschaften und bei den Wohnungsbaugenossenschaften in Bremen und in anderen Bundesländern wiedergegeben sind. Demnach liegen wir in Bremen bei den Vorauszahlungen mit 1,10 Euro - das ist also das, was auch tatsächlich geltend gemacht wird, und es werden 1,10 Euro anerkannt - bezogen auf die Vorauszahlungen genau richtig. Wir liegen damit aber über dem Satz, der in Hamburg anfällt und den auch Hamburg akzeptiert. In Hamburg betragen die Vorauszahlungen 92 Cent pro Quadratmeter, in Schleswig-Holstein 97 Cent und in Niedersachsen im Durchschnitt 95 Cent. Bei uns sind sie 1,10 Euro, also, wir liegen darüber, und 1,10 Euro ist sozusagen der untere Betrag, der für die Erstattung zugrunde gelegt wird. Es werden also im Regelfall 1,10 Euro pro Quadratmeter anerkannt bei den Heizkosten und in Ausnahmefällen bis zu 1,35 Euro.

(Glocke)

Ein Satz noch! Das sind die Fälle, in denen kleine Kinder im Haushalt leben oder wo Wohnungen zum Beispiel schlecht isoliert sind. Wir glauben, dass man mit dieser Regelung durchaus leben kann, und deshalb finden wir es im Moment nicht notwendig, dass wir generell diese Frage aussetzen. Wir sind aber gern bereit, uns über diese Frage noch einmal sehr intensiv in der Sozialdeputation auseinanderzusetzen. Vielleicht können Sie sich bereit erklären, das zu akzeptieren. - Danke!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Frehe.

Abg. **Frehe** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte mich nur noch einmal kurz zu den Heizkosten äußern! Es ist in Bremen in der Tat so, dass diese nur als Pauschale übernommen werden. Ich denke auch, dass das nicht rechtskonform ist. Ich meine, dass man genauer individuell schauen muss: Wie ist der Wärmebedarf? Wie sind die Heizkosten? Welche Heizungsart ist dort? Wie ist die Wärmeisolierung? Das muss berücksichtigt werden.

Ich denke auch, dass wir künftig in der bescheidmäßigen Umsetzung solche differenzierenden Überlegungen einfließen lassen müssen und dass die Behörde dort noch mehr gefordert ist, tatsächlich individuell zu prüfen. Ich denke auch, dass wir erreichen, dass diese genauere Prüfung auch in rechtskonformer Weise passiert. Heizkosten praktisch nur auf einem bestimmten Level zu akzeptieren, unabhängig von den Bedingungen der Wohnung und unabhängig von den individuellen Bedingungen des Einzelnen halte ich für nicht rechtmäßig, und das wird mit Sicherheit geändert werden müssen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Beilken.

Abg. **Beilken** (Die Linke)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir sind da schon ganz gut vorangekommen. Es geht ja um eine Befristung dieses Heizkostenproblems, was hier gelöst werden soll, ähnlich wie bei der Seite der Miete auch. Wir wollen ja nicht generell das jetzt völlig öffnen, sondern es geht, ähnlich wie bei der Miete, um eine Befristung, denn Sie wollen es genau regeln, Sie wollen es berechnen, Sie wollen es gerecht

*) Vom Redner nicht überprüft.

machen. Nehmen wir jetzt einmal alles so an! Wir sind ja hier auf einer guten Schiene, aber bis das so ist, lassen Sie die Leute zahlen, und das ist nicht in Ordnung bei so wenig Finanzen, die die Leute zur Verfügung haben. Wir haben Kontakt zu den Initiativen, die das von den Betroffenen berichten, und zu den Betroffenen direkt. Geben Sie sich einen kleinen Ruck! Dann sind wir da richtig ein Stück in Bremen vorangekommen miteinander, dass wir fast sogar schon stolz darauf sein können. - Danke!

(Beifall bei der Linken)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Grotheer. Herr Kollege, Sie haben noch eine Minute!

Abg. **Grotheer** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will ja diese Veranstaltung nicht weiter aufhalten. Ich wollte nur auf einen kleinen Punkt hinweisen. Der Abrechnungszeitraum bei der GEWOBA - das ist ja einer der großen bremischen Vermieter - läuft nach dieser Vorlage, die ich eben zitiert habe, bis Ende Juni des Jahres. Das heißt also, es wird jetzt in den nächsten Wochen die Heizkostenabrechnung für die zurückliegende Heizperiode erteilt werden, und dann können entsprechende Anträge bei der BAGIS gestellt werden. Das heißt, wenn wir dann im September eine neue Regelung haben, dann werden auch diese Fälle alle noch erfasst werden können, ohne dass sich irgendjemand benachteiligt fühlen muss. Es war mir wichtig, das noch einmal klarzustellen. - Danke!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort Frau Senatorin Rosenkötter.

Senatorin Rosenkötter: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Ernsthaftigkeit dieses Themas will ich auch hier an dieser Stelle noch einmal betonen und hervorheben. Im Koalitionsvertrag wurde, erstens, festgelegt, die Umzugsaufforderungen drastisch zu reduzieren. Zweitens: Mietobergrenzen sollen sich an vergleichbaren Großstädten orientieren. Drittens: Umzugsaufforderungen sollen nur erfolgen, wenn annehmbarer Wohnraum in zumutbarer Nähe tatsächlich vorhanden ist.

Ich will das hier sehr deutlich sagen: Diese Ziele sind sozialpolitisch absolut richtig und notwendig. Alle Menschen haben ein Recht auf angemessenen Wohnraum. Wer lange arbeitslos ist, ist ohnehin in einer schwierigen Lebenssituation, und wir wollen zusätzliche Verunsicherungen durch

Aufforderungen zum Umzug möglichst vermeiden und für die Zukunft - und das ist das Entscheidende - eine transparente Regelung für die Angemessenheit finden. Im Einzelfall muss hier sensibel agiert werden, und Härtefälle sollten nicht eintreten.

Dass das nicht nur die Theorie ist, sondern wir das auch in die Praxis umsetzen, hat sich in den letzten Monaten sehr deutlich gezeigt. Wir haben vor einigen Monaten ein neues Gutachten in Auftrag gegeben - Sie haben das hier schon mehrfach gehört -, um hier auch zu verlässlichen und belastbaren Zahlen, Daten und Fakten zu kommen, um letztendlich hier auch an der tatsächlich gezahlten Miete und an der Anzahl der zur Verfügung stehenden Wohnungen in diesen Preissegmenten deutliche Fakten zu erhalten und entsprechend auch darüber Auskunft geben zu können.

Auf der Basis dieses Gutachtens und unter der Orientierung der Mietobergrenzen in vergleichbaren Großstädten wird dann in den nächsten Wochen eine Verwaltungsanweisung entworfen, die wir auch in der Deputation im September dieses Jahres vorlegen werden, und darüber hinaus werden wir mit den Wohnungsbauunternehmen über preiswerten Wohnraum verhandeln.

Erlauben Sie mir auch an dieser Stelle, weil das hier auch prominent bei allen Rednern eine Rolle gespielt hat, zu den Heizkosten etwas zu sagen! Wir haben dort Heizkostengrenzen von 1,10 Euro bis 1,35 Euro, auch heute schon, die in besonderen Fällen auch gewährt werden können. Wenn ich die Aussagen und Unterlagen zurate ziehe, die zur Verfügung gestellt wurden von swb, dann sind wir hier in einem Durchschnitt von Heizkosten in der letzten Heizperiode von Juni 2006 bis Juni 2007 von 1,02 Euro, sodass wir uns durchaus in diesem Segment von 1,10 Euro bis 1,35 Euro bewegen. Ich will aber auch sagen, dass es in besonderen Fällen - Herr Frehe hat das angesprochen, Herr Grotheer hat es angesprochen - möglich sein muss und möglich ist, auch hier Ausnahmen zu gestatten, wenn zum Beispiel für alte oder kranke Menschen hier andere Notwendigkeiten für eine Wohnraumbeheizung erforderlich sind.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Lassen Sie mich abschließend sagen: Wir wollen keine unnötige Verunsicherung bei den Menschen schüren. Wir müssen aber auf der anderen Seite auch die Ausgaben im Blick behalten. Wer, von ganz besonderen und auch zu belegenden Ausnahmen abgesehen, bei einer Miethöhe von über 150 Prozent nach den zurzeit geltenden Sätzen

liegt, wird über diese Tatsache auch weiterhin unterrichtet werden, und es wird auch eine Aufforderung geben, sich um einen anderen Wohnraum kümmern zu müssen. Dazu gibt es Beratungs- und Unterstützungsmöglichkeiten, hier auch anderen und neuen Wohnraum zu suchen. Hierzu werden Hilfen angeboten.

Ganz generell möchte ich abschließend hier auch festhalten, dass es letztendlich unser Ziel sein muss, die Zahl der Hilfeempfänger zu reduzieren. Ich glaube, das ist ein ganz entscheidender Ausgangspunkt. Der Aufschwung am Arbeitsmarkt, der vorhanden ist, darf eben nicht an den Langzeitarbeitslosen vorbeigehen. Hierzu müssen wir auch in der Arbeitsmarktpolitik - und hier sehen wir die ganz deutliche Verzahnung - deutliche Zeichen setzen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, ich sehe, dass keine weiteren Wortmeldungen vorliegen.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zuerst über den Antrag der Fraktion Die Linke abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktion mit der Drucksachen-Nummer 17/10 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Die Linke)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Ich lasse nun über den Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen abstimmen.

Gemäß Paragraf 51 Absatz 7 unserer Geschäftsordnung lasse ich hier zunächst über den Änderungsantrag abstimmen. Das ist der Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion Die Linke mit der Drucksachen-Nummer 17/18 S seine Zu-

stimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Die Linke)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Änderungsantrag ab.

Jetzt lasse ich über den Antrag mit der Drucksachen-Nummer 17/16 S abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 17/16 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Die Linke)

Stimmenthaltungen?

(FDP)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Beiratsangelegenheiten

Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und der FDP vom 2. Juli 2007 (Drucksache 17/13 S)

Dazu

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke vom 4. Juli 2007

(Drucksache 17/17 S)

Wir verbinden hiermit:

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Ausschusses für Bürgerbeteiligung und Beiratsangelegenheiten

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Rupp.

Abg. **Rupp** (Die Linke)*): Herr Präsident, meine werten Damen und Herren! Grundsätzlich finden wir diesen Antrag „Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Beiratsangelegenheiten“ gut und richtig. Wir sind nur der Meinung, wenn in diesem Antrag schon geregelt wird, dass ständige Gäste des Ausschusses die Sprecherinnen und Sprecher der Beiräte sind, wäre es an der Stelle vielleicht angebracht, um Missverständnisse zu vermeiden, dass man eine ähnliche Regelung findet für Parteien, die zwar nicht Sprecherinnen und Sprecher stellen, aber trotzdem mit einer gewissen Anzahl, wir schlagen 4 vor, in 4 Beiräten vertreten sind, dass sie zumindest eine Vertreterin oder einen Vertreter schicken können, der ähnlich gleichberechtigt wie die Sprecherinnen und Sprecher als Gast dieser Ausschüsse teilnehmen kann. Wir halten das nur in der Tradition des Gesamtbeirats für sinnvoll und richtig, wenn man das eine hier vorschlägt und beschließen will, um das andere hinzuzufügen. - Danke!

(Beifall bei der Linken)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Möbius.

Abg. Frau **Möbius** (SPD)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Eigentlich hatte ich gedacht, dass diese Diskussion heute hier nicht stattfindet, weil wir ohne Debatte gesagt haben. Aber, Herr Rupp, das ist ja Ihr gutes Recht, sich in der Form einzubringen.

Ich möchte erst einmal sagen, ich bin unheimlich stolz darauf, dass wir hier in einer gemeinschaftlichen Aktion diesen Ausschuss einrichten. Ich werde gleich in meiner Rede noch einmal ganz besonders darauf eingehen, dass unser Bürgermeister Jens Böhrnsen diese Geschichte hier zur Chefsache gemacht hat. Deshalb, denke ich, ist dieser Ausschuss in der Form, wie wir uns das vorgestellt haben, noch lange nicht an dem Punkt angekommen, dass wir uns jetzt über Einzelheiten unterhalten, wie wir die Besetzung des Ausschusses stattfinden lassen wollen. Ich bitte Sie, Herr Rupp, das im Ausschuss direkt einzubringen. Wir werden uns sehr solidarisch damit auseinandersetzen und damit beschäftigen. Ich verspreche Ihnen auch, dass Ihr Anliegen dort ernst genommen wird und wir uns dementsprechend auch so zuordnen werden, dass Sie auch Ihren Anteil mit dazu beitragen können. - Danke schön!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Möllenstädt.

Abg. **Möllenstädt** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch wir als FDP sind der Auffassung, dass dieses Anliegen ein sehr gutes ist, und auch in der Intention Ihres dort gemachten Vorschlags stimmen wir Ihnen zu. Deshalb finden wir es gut, dass das im Nachklang beraten werden kann, dass wir das in ein Gesamtpaket einbinden, sodass wir uns Gedanken darüber machen, wie wir ein solches Gremium vernünftig ausstatten können, wer daran teilnehmen soll.

Wie gesagt, die Intention, da haben Sie uns auf Ihrer Seite. Ich finde, das ist eine gute Sache, dass wir das in einem weiteren Verfahren noch detailliert diskutieren werden. Die Überweisung ist hierfür beantragt, die würden wir mittragen. Ich hoffe, dass wir da konstruktiv eine einvernehmliche Lösung zwischen allen Fraktionen finden werden. - Vielen Dank!

(Beifall bei der FDP, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Gemäß Paragraf 51 Absatz 7 unserer Geschäftsordnung lasse ich zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke abstimmen.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion - -

(Abg. Rupp [Die Linke]: Wir sind mit einer Überweisung einverstanden!)

Wer hat das beantragt?

(Zurufe)

Gut, darüber lasse ich jetzt abstimmen!

Wer der Überweisung des Antrags der Fraktion Die Linke mit der Drucksachen-Nummer 17/17 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

*1) Vom Redner nicht überprüft.

*2) Von der Rednerin nicht überprüft.

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt der Überweisung dieses Antrags zu.

(Einstimmig)

Nun lasse ich über den Antrag mit der Drucksachen-Nummer 17/13 S abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und der FDP mit der Drucksachen-Nummer 17/13 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

Wir kommen nun zu den Wahlvorschlägen.

Meine Damen und Herren, die Wahlvorschläge liegen Ihnen schriftlich vor.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend den Wahlvorschlägen wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Ich bitte die Abgeordnete Frau Möbius, zur konstituierenden Sitzung einzuladen.

Änderung des Gesetzes über Beiräte und Ortsämter

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 3. Juli 2007 (Drucksache 17/14 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Bürgermeister Böhrnsen.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Möbius.

Abg. Frau **Möbius** (SPD)*: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Den Beiräten in Bremen und Bremen-Nord wurde in der Vergangenheit immer wieder versichert, welcher hohen Stellenwert sie in der Bremer Kommunalpolitik einnehmen. Die Beiräte stießen jedoch in der Vergangenheit oftmals an ihre Grenzen, Gestaltungsmöglichkeiten wahrzunehmen und insofern an ihre politischen Grenzen.

Bürgerinnen und Bürger gingen nicht selten aus öffentlichen Beiratssitzungen gefrustet nach Hause, weil ihnen schwante, dass nicht das Ringen um einvernehmliche Lösungen vor Ort im Vordergrund stand, sondern im Verfahren bereits festgelegte Zielvorgaben verfolgt werden sollten. Dabei gehe ich davon aus, dass die Bürgerinnen und Bürger überhaupt nicht erwartet haben, dass ihre Vorstellungen eins zu eins von der Politik übernommen werden, sondern dass sie einfach das Bedürfnis hatten, ihre konstruktiven Vorschläge mit einzubringen, und dass man sie ernst nimmt. Das hat in der Vergangenheit eben leider nicht immer so gut stattgefunden. Eine Wahlbeteiligung von 58 Prozent bei unserer letzten Bürgerchaftswahl hier in Bremen macht ganz besonders darauf aufmerksam, dass wir der weiter um sich greifenden Politikverdrossenheit entsprechend begegnen müssen.

Unser Bürgermeister, Jens Böhrnsen, hat damit, dass er Beiräte und Bürgerbeteiligung zur Chefsache erklärt hat, genau den richtigen Weg beschritten. Ich sage aber auch gleich dazu, Bürgerbeteiligung muss auch gelebt werden. Deshalb geht der Auftrag an uns alle, gemeinsam dafür zu sorgen, dass hier ein Symbol für eine neue politische Kultur in unserer Stadt entsteht.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

In dieser neuen Legislaturperiode haben wir uns im Regierungsprogramm und im Koalitionsvertrag darauf festgelegt, die Beiräte massiv zu stärken. Das bedeutet in erster Linie mehr Entscheidungsrechte für die Beiräte. Es geht hierbei natürlich um Entscheidungsrechte für stadtteilbezogene Maßnahmen. Wir wollen gemeinsam dafür sorgen, und ich kann an dieser Stelle nur noch einmal ausdrücklich betonen, es kann nur ein Allemanöver sein, den Beiräten Instrumente in die Hand zu geben, die sie in die Lage versetzen, sich selbst und den Bürgerinnen und Bürgern größere Möglichkeiten zu geben, sich vor Ort einzumischen und politisch mitzugestalten.

* Von der Rednerin nicht überprüft.

Unser Regierungsprogramm setzt hier ein klares Signal mit einem umfangreichen Katalog an noch zu beschließenden Ausweitungen von Entscheidungskompetenzen für Beiräte. Dies ist eine unserer wichtigen und dringlichen Aufgaben für die nächsten Monate, und die Beiräte werden selbstverständlich in diese Arbeit einbezogen. Heute wollen wir die erste Gesetzesänderung zum zukünftigen Wahlverfahren der Ortsamtsleiter aus dem Paket „Beiräte stärken“ des Regierungsprogramms im Parlament diskutieren und beschließen. Die Beiräte werden in Zukunft ihre Ortsamtsleiter selbst wählen,

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

und diese müssen vom Senat nur noch ernannt werden. Dieses Verfahren wird der Funktion der Ortsamtsleiter als Unterstützung und Vertretung der Beiräte und als Stadtteilmanager gerecht.

Mit der heute von uns zu beschließenden Regelung wird der nun schon seit eineinhalb Jahren andauernde Zustand der Rechtsunsicherheit beendet, unter dem vor allem die Ortsämter Schwachhausen/Vahr und Burglesum zu leiden hatten beziehungsweise haben.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir schaffen damit die Voraussetzung für starke Beiräte und für bürgernahe Entscheidungen in den Stadtteilen. Ich bitte Sie, diese Änderung des Ortsgesetzes mit zu unterstützen. - Danke schön!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Strohmann.

Abg. **Strohmann** (CDU)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Frau Möbius, das war eine schöne Rede!

(Zurufe von der SPD: Bravo! - Beifall bei der SPD)

Als Sie anfangen, was Sie alles Tolles machen wollen, habe ich einmal überlegt, was wir eigentlich machen. Es war eine schöne Sonntagsrede, aber der Gesetzentwurf gibt hier davon nichts her! Ich suche jetzt schon die ganze Zeit die Stelle, wo das steht, dass die Beiräte ihre Ortsamtsleiter wählen sollen. Das ist nämlich Käse, das steht hier nirgendwo! Aber dazu komme ich gleich.

(Abg. Frau Busch [SPD]: Das ist Käse? Das sagen Sie einmal den Beiräten!)

Die Rede war so ein richtiges Symbol, und das ist auch dieser Gesetzentwurf. Das ist wieder eine originale Mogelpackung. Da wird groß geredet, Beiräte unterstützen, sie können und sie machen, es ist eine Chefsache und mehr Bürgerbeteiligung, aber Sie haben uns hier nichts vorgelegt. Im Grunde genommen hat die Koalition uns hier eine Gesetzesänderung mit einer Ankündigung einer Gesetzesänderung vorgelegt. Normalerweise ist das ein Witz! Wir beschließen hier Gesetze, und in der Gesetzesänderung schon anzubieten, dass Sie das Gesetz noch einmal ändern, wenn Sie ein Gesetz vorlegen und das realisieren wollen, was Sie hier auch immer in Ihren Sonntagsreden zeigen, dann hätten Sie es normalerweise richtig gemacht.

Ich komme jetzt einmal zu den einzelnen Punkten. Ich weiß nicht, das ist eine Entscheidung der Koalition, die ist auch eher unproblematisch, ob die Beiratsangelegenheiten bei der Senatskanzlei angedockt sein müssen oder bei Inneres. Es ist ja mehr eine Fachaufsicht, ich weiß es aber auch nicht, und das müsste noch einmal begründet werden, wie das jetzt mehr Demokratie sein soll, wenn die eineinhalb Stellen dies dann bearbeiten, weil die Demokratie dieser Beiräte, das sind freigewählte Organe, das geht aus den Beiräten heraus, das machen sie selbst, da brauchen sie keine Senatskanzlei oder das Innenressort, da sind sie selbstbewusst genug.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir auch!)

Jetzt zu Ihrem großen Clou, wie Sie es eben sagten, dass die Ortsamtsleiter von den Beiräten gewählt werden. In Ihrem Gesetzentwurf steht: Die Ortsamtsleiter werden von den jeweiligen Beiräten vorgeschlagen und vom Senat haupt- oder ehrenamtlich berufen. Da steht nichts von einer Wahl, das ist ein Vorschlag! Ich kann auch einen Vorschlag machen, ob dass dann nachher so ist, ist eine andere Sache. Also, das Verfahren bleibt das Gleiche, es muss geprüft werden, ob die rechtlichen Voraussetzungen bestehen und der Senat das entscheidet. Das ist eine originale Luftbuchung, was Sie uns da vorlegen wollen! Das ist eine Mogelpackung! Ich muss Ihnen ehrlich sagen, dann hätten Sie wirklich offensiv, und da kommen wir wieder zu dem, auch heute wollen wir das, was wir auch vor der Wahl gesagt haben: Warum nehmen Sie unseren Vorschlag nicht auf? Die Grünen waren ja vor der Wahl als Opposition noch sehr positiv eingestimmt, jetzt in der Koalitionsverhandlung - -

* Vom Redner nicht überprüft.

(Zurufe vom [Bündnis 90/Die Grünen] - Niemals! - Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Das sind die Wunschträume von Heiko Strohmann!)

Warum nehmen Sie unseren Vorschlag nicht auf, Direktwahl der Ortsamtsleiter vom Bürger? Da wären wir dann auch bei dem Punkt der Bürgerbeteiligung, es wäre eine wahrhaftige Bürgerbeteiligung. Das haben Sie erst noch toll gefunden, aber ich weiß, wie das ist in einer Koalition, da muss man auch einmal aufeinander eingehen.

(Abg. Dr. Sieling [SPD]: Mit diesem Gesetz bekommt Burglesum einen Ortsamtsleiter, und Sie haben das verhindert!)

Das ist doch Käse! Es ändert sich jetzt doch nichts, es ist eine Umformulierung, ob das nun eine Anhörung oder ein Vorschlag ist, es ist im Grunde genommen das Gleiche. Das Verfahren ist das Gleiche, und die Problematik bleibt genau gleich, dass das anfechtbar ist. Wenn Sie mehr Bürgerbeteiligung haben wollen und gegen die niedrige Wahlbeteiligung angehen wollen, dann legen Sie bitte etwas anderes vor, und deswegen werden wir diesen Antrag auch ablehnen. - Danke schön!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Fecker.

Abg. **Fecker** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Kollege Strohmann, Sie sprachen eben von einem Symbol. Für uns als Regierungsfraktion sind das Inhalte, aber ich gebe auch gern zu, es ist ein dringend notwendiges Symbol gewesen nach 4 Jahren Innensenator Röwekamp gegenüber unseren Beiräten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Mit der heutigen Gesetzesänderung vollziehen die Regierungsfractionen einen ersten wichtigen Schritt zur Stärkung der kommunalen Demokratie in unserer Stadt. Mit der Anbindung der Stadtteilbeiräte an die Senatskanzlei stärken wir die Arbeit der Beiräte und ihre ehrenamtlichen und engagierten Mitglieder. Wir verstehen die Beiräte nicht als Anhängsel eines einzelnen Ressorts, sondern wir wollen mit der Zuordnung ganz klar die Querschnittsaufgabe und die Wichtigkeit ihrer Arbeit deutlich machen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Die Änderung in der Fach- und Rechtsaufsicht allein wird jedoch noch keine Stärkung der Beiratsarbeit erzielen, das hat Frau Kollegin Möbius eben auch schon erwähnt. Diese Stärkung wird nur dann funktionieren, wenn wir den Beiräten zusätzliche Mitsprache- und Entscheidungsrechte gewähren. Dazu gehören allerdings auch solche Rechte, die über Jahre hinweg in dieser Stadt als selbstverständlich galten, denn wer, bitte schön, wenn nicht der Beirat, soll seinen Ortsamtsleiter wählen, und das hat Herr Senator Röwekamp verhindert!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wir wollen, dass die Beiratsmitglieder den für ihren Stadtteil richtigen und für ihre Arbeit kompetenten Ortsamtsleiter wählen dürfen und eben keinen Ortsamtsleiter vom Senat vorgesetzt bekommen.

(Abg. Focke [CDU]: Dann müsst ihr etwas anderes in das Gesetz schreiben!)

Das ist ja immer gut, erst den Gesetzestext zu lesen und dann zu kommentieren! Wir wollen es nie wieder erleben müssen, dass ein einzelner Senator auf dem Rücken der Bewerber und der ehrenamtlichen Beiratsmitglieder politische Machtspiele austrägt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Die Wahl der Ortsamtsleiter bleibt eines der wichtigsten Rechte des Beirates und nicht wie jetzt in Burglesum geschehen, anderthalb Jahre ohne Ortsamtsleiter, weil sich ein Innensenator da querstellt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wir haben als Bündnis 90/Die Grünen-Bürgerschaftsfraction nie einen Hehl daraus gemacht, dass nach unserer Rechtsauffassung das bisher angewandte Verfahren auch nach dem Urteil des Verwaltungsgerichts weiterhin möglich gewesen wäre. Wir begrüßen es allerdings ausdrücklich, dass es nun zu einer Klarstellung im Sinne der Stadtteilbeiräte kommt. Nach dem Inkrafttreten des Gesetzes werden nun die jeweiligen Beiräte einen Ortsamtsleiter vorschlagen, und der Senat wird über diesen Vorschlag entscheiden. Das, sehr geehrter Herr Strohmann, ist eine klare Aussage ohne Wenn und Aber!

*) Vom Redner nicht überprüft.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Die wichtige Botschaft für uns heute, dies ist der erste Schritt, immer wieder die Betonung auf dem ersten Schritt, den wir Grüne gemeinsam mit der SPD zur Stärkung der Beiräte unternehmen, und ich kann Ihnen jetzt schon versprechen, es wird nicht der letzte sein!

(Abg. Strohmann [CDU]: Das hoffe ich!)

Lassen Sie mich zum Schluss noch ganz kurz auf eine Position eingehen, die Sie hier eben auch wiederholt haben, nämlich dass das Volk selbst und direkt über die Wahl der Ortsamtsleiter entscheiden soll! Das ist für mich schon eine ganz spannende Rolle, dass gerade die CDU, die nun nicht gerade als Speerspitze der Bewegung zur Stärkung der direkten Demokratie hier in Bremen gilt, einen solchen Vorschlag macht. Für mich war das immer ein Ablenkungsmanöver Ihrer Partei, das hat Ihnen allerdings niemand abgenommen. Man kann eben nicht nach oben hin schöne Reden über Demokratie halten und nach unten hin die Beteiligungsrechte der Beiräte mit Füßen treten. So etwas merken die Menschen, und Sie haben die entsprechende Quittung dafür am Wahltag in den Beiratsgebieten bekommen. - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, ich hätte eigentlich nach dem Beitrag von Herrn Strohmann Frau Möbius das Wort erteilen müssen. Sie hatte um eine Kurzintervention gebeten. Nach Paragraf 44 a unserer Geschäftsordnung hätten Sie sofort nach Herrn Strohmann sprechen können. Möchten Sie es denn jetzt noch tun? - Bitte, Frau Möbius!

Abg. Frau **Möbius** (SPD)*): Bei der Kurzintervention fängt man auch an mit Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ja, das ist das erste Mal, es ist jetzt Premiere.

Herr Strohmann, ich möchte mich noch einmal auf Ihren Redebeitrag beziehen. Ich muss ganz ehrlich sagen: Worum geht es hier eigentlich? Es geht darum, dass die Menschen in dieser Stadt Möglichkeiten bekommen, sich an diesen politischen und an gesellschaftlichen Prozessen mit zu beteiligen. Ich glaube, Sie sind auch in diesem Ausschuss, wenn Sie derartige Diskussionen dort einbringen, dann werden Sie auch ganz schnell

entlarvt werden, weil man nämlich genau daran merkt, dass Sie nicht an den Menschen interessiert sind, sondern hier reine Geschäftsordnungsdebatten führen wollen, und dass sich dahinter nur ein machtpolitisches Streben verbirgt.

Deshalb, Herr Strohmann, würde ich Sie doch auch lieber dazu einladen, dass Sie erst einmal mit uns gemeinsam versuchen, diesen Weg zu gehen, dass wir es schaffen, dieses einmalige Instrument entsprechend auszugestalten und mit den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt gemeinsam zu versuchen, das auf den Weg zu bringen. Dann ist es wirklich ganz egal, ob man sagt wählen oder bestimmen. Wie stellen Sie sich das überhaupt vor, wie soll das im Beirat funktionieren? Natürlich wird da gewählt, natürlich werden die Beiräte ihren Ortsamtsleiter wählen. Dass dieser vom Senat entsprechend benannt wird, habe ich auch genauso dargestellt, da hätten Sie zuhören müssen! - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Herr Kollege Strohmann, möchten Sie auf die Kurzintervention antworten? Auch Sie haben anderthalb Minuten Zeit. - Bitte sehr!

Abg. **Strohmann** (CDU)*): Liebe Frau Möbius, Sie haben hier einen Gesetzentwurf vorgelegt, die Koalition, und darauf kann ich mich nur beziehen. Das hat nichts mit den Menschen zu tun. Ich habe ja auch gesagt, Ihre Inhalte, oder was Sie hier gesagt haben, sind ja richtig, da kann ich sagen, eins zu eins, ich finde es vernünftig. Es geht mir nur um den Gesetzentwurf, dass das nichts damit zu tun hat, was Sie gesagt haben, hier steht vorschlagen! Dass der Wechsel von Inneres zur Senatskanzlei nicht mehr Rechte bedeutet, darum geht es, und deswegen können Sie sich den ganzen Schmus darum sparen. Wir beschließen hier diesen Gesetzentwurf oder auch nicht, darum geht es, um nicht mehr und nicht weniger.

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Möllenstädt.

Abg. **Möllenstädt** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will mich kurz fassen. Auch wir als FDP sehen das positive Ansinnen, das Frau Möbius hier formuliert hat. Wir sehen auch, dass dies ein wesentliches Thema in dieser Wahlperiode sein sollte. Neben den vielen guten Zielen, die Sie formuliert haben, sind wir aber der Auffassung, dass Ihre hier gemachten Vorschläge, und damit komme ich dann auch zu dem An-

* Von der Rednerin nicht überprüft.

* Vom Redner nicht überprüft.

trag, nicht ausreichen, um diese Ziele wirklich zu erfüllen. Eine Stärkung der Beiratsarbeit muss aus verschiedenen aufeinander abgestimmten Komponenten bestehen, zum einen aus einer Stärkung direkter Elemente auf der lokalen Ebene, zum anderen aber auch auf der Grundlage, dass wir tatsächlich einmal darüber reden müssten, was Beiräte denn eigentlich wirklich einmal abschließend entscheiden können sollten. Das wäre doch einmal ein interessanter Punkt!

(Beifall bei der FDP - Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Koalitionsvertrag lesen, steht drin! - Zuruf von der FDP: Den beschließen wir hier aber nicht!)

Dass wir nicht nur über die Beratung des Senats sprechen und Sie das dann nachher verwerfen können, sondern dass die Beiräte wirklich auch Entscheidungsrechte haben, das ist doch sehr spannend. Ich hoffe, dass Sie dies hier auch zur Abstimmung bringen, ich bin aber überdies mit meiner Fraktion der Auffassung, dass es ganz entscheidend ist, dass wir hierzu eine offene Diskussion ermöglichen und hier nicht vorschnell einzelne Schritte machen. Es ist bereits gesagt worden, über eine Wahl von Ortsamtsleitern steht nichts in dem Antrag, den Sie uns hier vorgelegt haben.

Ich freue mich, wenn die Beiratsangelegenheiten Chefsache werden. Ich hoffe allerdings auch, dass Sie die richtigen Konsequenzen daraus ziehen. Da macht der Ton manchmal nämlich auch die Musik, wie man miteinander umgeht. Herr Kollege Strohmann, das sei hier auch gesagt, Ihre Einlassungen halte ich für relativ unglaubwürdig, wenn man sich den Umgang, den Ihre Senatoren in den letzten Jahren mit den Beiräten,

(Beifall bei der FDP, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

und es sind ja viele im Haus, die auch leidvoll geprüft sind, wie der Herr Kollege Fecker, gepflegt haben, im Einzelnen angeschaut hat. So geht es nicht, Sie können uns hier nicht von heute auf morgen weismachen, dass Sie in dieser Stadt für direkte Demokratie stünden! Das haben wir bei der Frage des Wahlrechts für die Bremische Bürgerschaft und bei vielen anderen Fragen in den letzten Jahren gesehen.

(Beifall bei der FDP)

Uns geht das Vorgelegte nicht weit genug. Unsere Fraktion wird sich deshalb bei der Abstimmung enthalten, wir stehen Ihnen aber gern für eine

ausführliche Diskussion Ihrer Gedanken zur Verfügung.

(Beifall bei der FDP - Abg. Dr. Sieling [SPD]: Ob das hilft?)

Präsident Weber: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, ich möchte Ihnen gern das Wort erteilen. Als nächster Redner erhält das Wort Herr Bürgermeister Böhrnsen!

Bürgermeister Böhrnsen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die neue Koalition hat sich vorgenommen, die Beiratsrechte als einen wichtigen Teil lokaler Demokratie zu stärken. Damit werden wir ernst machen, und das ist der erste Schritt, den wir hier heute tun, und dem werden weitere folgen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Strohmann, ich bin etwas überrascht, dass eine Fraktion, die bis vor wenigen Wochen den Innensenator gestellt hat, sich so wenig kundig darüber macht, was man rechtlich und welchen rechtlichen Rahmen man wählen muss, um die Dinge zu regeln, die man hier regeln will. Glauben Sie im Ernst, dass ein Beirat eine Beamtenernennungsurkunde ausfertigen kann? Schauen Sie einmal in unsere Landesverfassung! Die Personalhoheit über die Beamten in Bremen hat der Senat der Freien Hansestadt Bremen, die kann und wird er nicht abgeben. Deswegen steht da nicht, der Beirat wählt, wie die Bürgerschaft den Senat wählt. Da braucht niemand anderes noch eine Urkunde zu erteilen, da wählt die Bürgerschaft. Nach der Verfassung ist das so. Aber der Beirat kann keine Urkunde ausfertigen, in der steht, Sie werden jetzt A 14, A 15 oder so etwas, sondern das muss der Senat tun. Was aber in diesem Gesetz steht, ist Folgendes: Der Senat hält sich an das, was der Beirat ihm vorschlägt, und das ist der politische Kern!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen - Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist der Unterschied zu vorher!)

Wir sind der festen Überzeugung, ein Ortsamtsleiter muss nach dem, was er an Aufgaben hat, in Übereinstimmung mit der Mehrheit des Beirats handeln. Das ist der Kern, den wir hier umsetzen. Wenn Sie sagen, es ändert sich nichts real, es wird sich etwas ändern, Sie werden es in den nächsten Wochen erleben! Wir machen Schluss mit der Hängepartie, die Sie in Burglesum zu beantworten haben. Wir machen Schluss damit, wir werden einen Ortsamtsleiter wählen, der das Vertrauen des Beirats hat.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen - Widerspruch bei der CDU)

Das alles hätte ich gar nicht so heftig sagen wollen, aber ich finde es ein Stück weit enttäuschend, dass man nicht einmal in die Landesverfassung schaut und sich selbst erarbeitet, was geht und was nicht geht.

Der nächste Punkt ist die Frage, wo die Beiräte und die Ortsämter angesiedelt sind. Unser System der Ortsämter wird in diesem Jahr 61 Jahre alt. Die Grundidee war, Außenstellen der bremischen Verwaltung zu schaffen, vor allem in den früheren bremischen Landgemeinden, dezentralisierte Verwaltung. Wer sich in unseren Stadtteilen umschaut, sieht ja zum Teil noch die Rathäuser unserer früheren Gemeinden. Das ist der Ursprung gewesen, und Bürger, die die Verwaltung beraten haben. Da war es vernünftig, solche dezentralen Verwaltungsstellen beim Innensenator anzusiedeln, der für Meldestellen, Standesämter und so weiter und so fort zuständig war.

Wir haben ein anderes Verständnis, und wir haben auch eine größere Zentralität von Verwaltung, und das drücken wir damit aus. Um das technisch zu sagen, Beiräte und Ortsamtsleiter haben eine Querschnittsaufgabe über alle Zuständigkeitsbereiche, und da gehört das nicht mehr in ein Ressort, sondern in die Zentrale. Ich sage Ihnen noch ein Argument, das für mich auch ganz wichtig ist. Für mich ist das auch ein Ausdruck von Wertschätzung und Bedeutung der lokalen Demokratie in Bremen, das hat einen guten Platz im Rathaus, und das möchte ich gern auch so sehen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Beiräte und Ortsämter beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU)

Stimmenthaltungen?

(FDP)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Mit dieser Beschlusslage sind wir an das Ende unserer heutigen Tagesordnung angekommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich schließe die Sitzung und wünsche Ihnen noch einen angenehmen Abend!

(Schluss der Sitzung 18.57 Uhr)